

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließlich Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 5.—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Zwingerstraße 21, II. Telefon 3168. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Zwingerstraße 21. Telefon 1763. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden der 6spaltigen Zeitschrift mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung mit Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 147.

Dresden, Montag den 29. Juni 1908.

19. Jahrg.

Der Hamburger Gewerkschaftskongreß.

„Für wahr, wer Recht und Wahrheit achtet,
zu unter Fahne steht zu Tauf!
Wenn auch die Lüge uns noch umnachtet,
Wald liegt der Morgen hell darauf.
Nicht zählen wir den Feind, nicht die Gefahren all,
Der Bahn, der fähnen, folgen wir, die uns geführt
Vassall!“

Mit diesem begeistert gefungenen Kampfliede der Klassenbewussten Proletarier schloß Sonnabend die Tagung des Gewerkschaftskongresses, nachdem die Führer der mächtvollen deutschen Gewerkschaftsbewegung in sechsstündiger fleißiger und extragreicher Arbeit beraten über Mittel und Wege, wie der gewerkschaftliche Kampf zu führen ist. Es ist zweifellos gute Arbeit, die der Kongreß geleistet hat, wenn auch mancher der Mandatgeber mit diesem oder jenem Beschluß oder mit dieser oder jener Rede-Verwendung eines Redners nicht so ganz einverstanden ist.

Unverkennbar ist von Kongreß zu Kongreß eine immer größere Vereinheitlichung bei allen Teilnehmern wahrzunehmen, nicht die etwa bestehenden Meinungsverschiedenheiten auf die Spitze zu treiben, sondern zu überbrücken. Diesen allseitigen ehrlichen Bestreben ist es zweifellos zu danken, daß trotz der verschiednen äußerlich kritischen Punkte: Parteifrage, Grenzstreitigkeiten, Jugendbildung, Bontrot, die Verhandlungen so verhältnismäßig ruhig und glatt verlaufen sind.

Es ist unverkennbar und darin kann man Gen. Bömelburg, der mit Begleit der Verhandlungen des Kongresses mit großem Geschick und großem Takt leitete, recht geben, daß die Selbstbeherrschung und die Disziplin in der Arbeiterbewegung zugenommen haben. Ebenso bemerkenswert ist aber auch, daß große Streitfragen um die Grundprinzipien der deutschen Gewerkschaftsbewegung nicht mehr auszusprechen sind — darüber ist man in Gewerkschaftskreisen ziemlich hinweg.

Unverkennbar ist auch das Bestreben bei den Leitern der deutschen Gewerkschaftsbewegung vorhanden, mit der politischen Partei der Arbeiterklasse in besten Verhältnis zu leben und im bewußten und gewollten Zusammenwirken — wie eine bekannte juristische Formel lautet — den großen Zielen der Arbeiterbewegung zuzustreben. Vorher ist die Zeit, in denen von einer Art Abkalt, von einer Art Eifersucht zwischen den beiden Teilen der Arbeiterbewegung die Rede sein könnte. Das beste Zeugnis dafür war die Anwesenheit des Genossen Wollenbuhr, Mitglied des Parteivorstandes, als Referent über ein sozialpolitisches Thema. Es wurde hier und da auf dem Kongreß davon gesprochen, ob es nicht überhaupt angebracht sei, offiziell eine gegenseitige Vertretung auf den beiderseitigen Kongressen von Seiten der Generalkommission und des Parteivorstandes herbeizuführen, um so vor aller Welt die untrennbare Solidarität und Einheit der deutschen Klassenbewussten Arbeiterklasse zu dokumentieren und vor allem, um jedes Mißverständnis von vornherein zu beseitigen. Wir meinen, es gibt eigentlich keinen ersichtlichen Grund, warum die Gewerkschaften irgendwelche Bedenken tragen sollten, diese Zusammengehörigkeit, die ja praktisch durch die Personalunion in der Arbeiterbewegung längst hergestellt ist, auch äußerlich zum Ausdruck zu bringen. Deshalb scheinen uns auch die Bedenken, die der Vertreter des Buchdruckerverbandes gegen die Behandlung der Resolution Papillon, eine Zustimmungserklärung zu der Resolution des Stuttgarter Internationalen Kongresses, betreffend das Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften, äußerte, unangebracht. Genosse Bömelburg wies mit Recht darauf hin, daß eigentlich die Resolution etwas Selbstverständliches sei, da ja die deutsche Gewerkschaftsdelegation auf dem Stuttgarter Kongreß ihr zugestimmt und keine Stimme auf dem Hamburger Kongreß sich dagegen erklärt habe. In diesem Sinne hatte ja auch schon Legien in seinem Bericht sich über diese Frage ausgesprochen.

Einen breiten Raum nahm naturgemäß im letzten Teil der Kongreßberatungen die Frage der Organisation zur Erhellung der Jugend ein und nach dem Geplänkel über diese Frage vorher war anzunehmen, daß es hier nicht ohne Spähne abgehen würde. Der Referent Genosse Nob. Schmidt verstand es, der großen Bedeutung dieser Frage gerecht zu werden und auch die weiteren Redner Siller, Brunn, Siebel, Stellung und Altmann und vor allem auch Wollenbuhr hielten die Debatte auf der Höhe, die diese Frage verdiente.

Charakteristisch und bedeutungsvoll war bei der Erlebung dieser Frage die energische und glatte Abgabe an den Antimilitarismus resp. an dessen kleinbürgerlich radikale Spielart, die allerdings mit ihrer sie umgebenden Romantik geeignet ist, Eindruck auf unentwickelte und unklare jugendliche Köpfe zu machen. Die Frage der gegenwärtigen Gesellschaft ist keine Frage der Wajonette, sondern eine Frage der wirtschaftlichen Entwicklung und eine Frage des Kampfes der Geister! — rief Genosse Schmidt unter dem stürmischen Beifall der Delegierten. Und Wollenbuhr bestätigte diese Anschauung: „Wir sehen in der antimilitaristischen Bewegung nicht eine sozialistische, sondern sie ist ein Ausdruck des kleinbürgerlichen Radikalismus. Wir haben immer nur den Militarismus als ein Werkzeug des Kapitalismus angesehen und danach getrachtet, diesen zu beseitigen.“ Es war ein erhebender Moment, als der sturmerprobte Führer der deutschen Arbeiter, allerdings in mißverständlicher Auffassung einer Reueherung des Referenten, darauf hinwies, daß die Arbeiterbewegung nicht aus Furcht vor den gerichtlichen Verfolgungen des Klassenstaats etwas unterlassen habe, was sie

für richtig und notwendig hielt. „Aber die antimilitaristische Bewegung machen wir nicht mit, nicht weil wir sie für gefährlich, sondern weil wir sie für falsch halten.“ N. Schmidt stellte das dann auch sofort dahin richtig, daß er nur gemeint habe, daß man nicht die unfertigen, jungen Leute vor eine solche Gefahr stellen sollte. Die Gefahren hätten auch stets die erwachsenen und reifen Kämpfer übernommen, die die Verantwortung für ihn tun übernehmen können.

Schmidt brachte als Zusammenfassung seiner Ansichten eine Resolution ein, die das Produkt eines Uebereinkommens zwischen Parteivorstand und Generalkommission ist. Gegen den Abstoß 3 der Resolution, der eine besondere Organisation der Jugend bewirkt, wandten sich verschiedene Redner, im übrigen aber erklärten sich alle Redner mit der prinzipiellen Ansicht des Referenten über die Art der Jugendbildung grundsätzlich einverstanden und sprachen damit aus, daß vor allem die Grundfrage einer guten Allgemeinbildung notwendig sei und daß diese unbedingt hinführe zum späteren Eintritt in die freie Arbeiterbewegung. Wollenbuhr führte als Beweis dafür sein eigene Entlohnung an. Jede politische Vereinstätigkeit, die ja auch schon durch das Vereinsgesetz unmöglich sei, wurde verworfen, dagegen der Jugendbildung zu empfehlen.

Bei dieser Gelegenheit wurde auch lobend der Tätigkeit der Dresdner Kinderchulpflichtkommission gedacht, sowie vom Referenten wie auch von einigen Debatterednern das Eingehen der Jugendzeitung „Fichte“, die ja bekanntlich von den Genossen Wallisch und Dr. Morgenstern in Dresden herausgegeben wurde, lebhaft bedauert. Die zurzeit erscheinenden Jugendzeitungen wurden schon der ungenügenden Mittel wegen für ungeeignet erklärt, die ihnen gestellten großen Aufgaben zu erfüllen. Es ist die Herausgabe einer Jugendzeitung geplant, die mit genügenden Mitteln ausgestattet und von tüchtigen Kräften geleitet werden soll.

Die Resolution wurde, nachdem die Streichung des Absatzes 3 (keine besondere Jugendorganisation) gegen circa 13 Stimmen abgelehnt worden, gegen nur einige Stimmen angenommen. Es ist also der Wille der Gewerkschaften — der Parteitag in Nürnberg wird sich wohl ebenfalls mit dieser Frage beschäftigen —, daß in dieser Art die Heranbildung der Jugend zu Kämpfern für unsere große Sache betrieben wird: Allgemeine Geistes- und Körperpflege, nach dem Motto der alten Griechen, daß nur in einem gesunden Körper ein gesunder Geist wohnen kann; keine politischen und gewerkschaftlichen Spielereien durch unfertige junge Leute. Politik zu treiben ist Sache der Partei und die Gewerkschaftsbewegung Sache der Gewerkschaften, nicht der jungen Leute, die die Jugendzeit benutzen sollen. Körper und Geist widerstandsfähig zu machen für die späteren Kämpfe. Der Kongreß sprach aber auch aus, daß es eine unbedingte Pflicht der erwachsenen aufgeklärten Arbeiter ist, in den jungen Leuten, den Lehrlingen in den Werkstätten und Betrieben, nicht den Untergebenen, sondern den späteren Mitkämpfern zu sehen, denen erraten und untendend zur Seite stehen soll, damit diese nicht den gegnerlichen Verlockungen zum Opfer fallen. Es werden auf diesem Gebiete besonders in der Heranziehung und Bildung der Lehrlinge und jungen Leute von den Lithographen und Transportarbeitern schöne Erfolge gemeldet.

In der Frage der Bekämpfung des Alkoholmissbrauchs wurde durch das Geschick des Vorsitzenden insofern eine alle Teile — mit Ausnahme natürlich der extremen Abstinenten — befriedigende Erlebung herbeigeführt, als darauf hingewiesen wurde, daß die Resolution Wurm, die in Essen beschlossen wurde, wohl auch von dem Gewerkschaftskongreß abgelehnt würde, im übrigen ja die Tätigkeit der Gewerkschaften die allerbeste Agitation zur Beseitigung des übermäßigen Alkoholgenußes sei und dadurch schon mehr Erfolg erzielt worden seien, wie die Abstinenten je erzielen könnten.

Zu der Frage des Boykotts als gewerkschaftliches Kampfmittel ist zu erwähnen, daß der Kongreß sich nach einer ausgedehnten und teilweise erregten Debatte auf den Standpunkt gestellt hat, den der Referent Altmann, trotzdem er als Vorsitzender des Bänderverbandes sehr daran interessiert ist, in seiner sehr objektiven Rede und Resolution vertrat. Auch fast alle Diskussionsredner betonten, daß man an einen Boykott nur mit äußerster Vorsicht heranzutreten dürfe, d. h. wenn alle Vorbereitungen getroffen seien, um ein Welingen zu ermöglichen, da ein Scheitern geeignet sei, das Ansehen der allgemeinen Arbeiterbewegung aufs empfindlichste zu schädigen.

Bei dieser Gelegenheit nahm der Vorsitzende des Holzarbeiterverbandes lebhaft Stellung gegen die Art einer gewissen Polemik über manche Fragen anders Denkende in persönlicher Weise anzugreifen. Seine ruhigen aber von tiefem Ernst getragenen Ausführungen fanden den ungetrübten Beifall des ganzen Kongresses, der damit gewissermaßen ausdrückt, daß er ungeschadet der Stellungnahme zu verschiednen Fragen eine sachliche und anständige Polemik fordert. Daß das im Interesse der allgemeinen Arbeiterbewegung liegt und nur die gemeinschaftlichen Gegner Freude an derartigen Auseinandersetzungen haben, bedarf keiner besonderen Erwähnung. Sichtlich wird dieser energisch ausgesprochene Wille des Kongresses künftig allerorts beherzigt. Die letzten Parteitage standen ja auf demselben Standpunkt.

Die Einigkeit unter den Kämpfern offen dem Gegner gegenüber, die nicht durch unndige Reibereien gestört werden darf, das ist das, was der Gewerkschaftskongreß mit Recht fordert. Es ist, wie Genosse Bömelburg in seiner prächtigen, von

Begeisterung für unsere große gemeinsame Sache durchglühten Schlussrede ausführte, die Einigkeit der Grundgedanke, der den Kongreß beherrschte. Man will keinen Streit. Es gibt keine wesentlichen Differenzpunkte unter den beiden großen Bewegungen in grundsätzlichen Fragen.

Man kann anerkennen, daß die Delegierten und vor allem die Leitung des Kongresses bemüht waren, im Sinne der Einigkeit die Arbeiten des Kongresses zu erledigen.

Und so werden denn sicherlich diese Beratungen in hohem Maße neue Förderung und neue Wehrhaftmachung der deutschen Arbeiterbewegung herbeiführen.

Politische Ueberblick.

Mehr irdisches Gut für die Diener Gottes.

Die zweite Sitzung dieser kurzen Sommertagung des preussischen Abgeordnetenhauses wurde wieder vom Alterspräsidenten Hobrecht eröffnet. Erster Gegenstand der Tagesordnung war die Neuwahl des Präsidiums. Sie fand durch Affirmation statt, gegen die unsere Genossen keinen Widerspruch erhoben. Wie von vornherein feststand, wurde das alte Präsidium Kröcher, Vorich und Strauß wiedergewählt. — Es folgte die erste Lesung und im Anschluß daran gleich die zweite Lesung des Kirchenmüllersgesetzes. Die Mehrheit war von vornherein entfallen, das Gesetz in Ausführung und im großen Maßstab anzunehmen; sie hätte es am liebsten schon am Sonnabend durchgebracht, mußte aber angesichts des Widerstands unserer Fraktion und der freisinnigen diesen löblichen Vorstoß aufgeben. Herr Wiemer beauftragte nicht unzutreffend, wenn auch natürlich bloßartig, die unzulässige Art und Weise, mit der hier Mitarbeit getrieben und den Geistlichen eine Extrawurst serviert wird. Es war auch ganz in der Ordnung, daß Wiemer dabei das antokratistische Treiben des Oberkirchenrats rühmend erwähnte. Von unserer Fraktion sprach Ströbel als der erste Diskussionsredner im Reichstagsparlament. Kröcher unterbrach ihn zu verschiedenen Malen; mehr als einmal mußte die Rechte, bald durch Lärmen, bald durch Lachen, unseren Redner aus der Fassung zu bringen. Es gelang aber nicht, Genosse Ströbel legte in vortrefflichen bündigen Ausführungen dar, daß nicht nur vom prinzipiellen Standpunkte der Trennung der Kirche vom Staate aus die Vorlage zu verwerfen ist. Es liegt kein Grund vor, die Geistlichen vor den Lehrern und Vätern zu bevorzugen. Mit Ministergehaltern verglichen, mögen die Bezüge der Geistlichen ja recht bescheiden sein; aber sie sind glänzend zu nennen gegenüber der mehr als kümmerlichen Entlohnung, die der Vater Staat seinen Arbeitern zukommen läßt. Der Finanzminister v. Rheinbaben antwortete mit bitulanten seltsames. Wilton plündert unsere Hoffischen Diener und Deuter, und Rheinbaben plündert Wilton. Die konservativen und nationalliberalen Redner sprachen kurz ihre Einverständnisse mit der Vorlage aus. Das Zentrum beteiligte sich nicht an der Debatte, dafür vereinigte es seine Stimmen mit denen der Rechten und des Gros der Nationalliberalen, um unsere Anträge in Sachen Leinert und Liebknecht von der Tagesordnung der nächsten Sitzung auszuschließen. Polen, Freisinnige und einige Nationalliberale stimmten mit uns; das Zentrum aber scheint es eilig zu haben, sich wieder ein Plätzchen an der Regierungskasse zu sichern. So steht denn nur die dritte Lesung des Kirchenmüllersgesetzes auf der Tagesordnung der nächsten Sitzung, die eines katholischen Feiertags halber erst am Dienstag stattfindet.

Die Rede des Königs.

Von unserem Korrespondenten.

J. s. London, 27. Juni.

Unjählich ergoht an alle Mitglieder des Unterhauses — mit Ausnahme der irdischen Abgeordneten, die sich prinzipiell aller höfischen Funktionen enthalten — eine Einladung, an der sogenannten Garten-Gesellschaft des Königs in Windsor teilzunehmen. Die diesjährige Garten-Gesellschaft fand letzten Sonnabend statt. Radikalität wird nun bekannt, daß drei Mitglieder des Unterhauses in diesem Jahre keine Einladung empfangen haben. Daß diese Umgehung keine zufällige ist, das zeigen schon die Namen der betreffenden Abgeordneten. Es sind dies die Genossen Reiz, Gardie und Viktor Granjon und der liberale Abgeordnete von Sandbach. Es sind das nämlich gerade jene Mitglieder des Unterhauses, welche den Jarenbesuch des Königs Edward einer besonders scharfen Kritik unterzogen haben. Dies scheint ein so großes Mißfallen erregt zu haben, daß ihn die „allerhöchste Stelle“ nicht zumum nachsichtigen konnte. Auf diese wahrhaft edelmütige Weise rächt sich König Edward an jenen Politikern, die seinen Wünschen zuwiderhandeln.

Es ist selbstverständlich, daß es den beiden genannten Genossen nicht einfallen würde, sich in Windsor sehen zu lassen, selbst wenn sie eingeladen worden wären. Trotzdem will die Arbeiterpartei, welche in dem Vorgehen einen unbedingten Uebereinstimm des Königs erblickt, die Angelegenheit nicht auf sich beruhen lassen, sondern sie wird, wie verlautet, von dem Vizepräsidenten des Unterhauses Aufklärung fordern.

Auch viele Liberale sind ungehalten über die Behandlung, welche der Abgeordnete Sandbach erfahren hat. Dieser war der Privatsekretär des verstorbenen Ministerpräsidenten Campbell-Bannerman und ist sein Nachfolger in dessen Wahlkreis. Die liberalen Abgeordneten beabsichtigen, ihm eine sympatische Kundgebung zu veranstalten und so ihre Mißbilligung des königlichen Vorgehens auszudrücken.

Der russische Etat.

Die Prüfung des diesjährigen Etats in der Duma geht ihrem Ende entgegen. Endlich, nach fast siebenmonatiger Tätigkeit hat die Derrumduma das ihr aufgetragene Arbeitspensum bewältigt und den größten Teil des Etats geprüft, obwohl sie von vornherein auf eine allgemeine prinzipielle Budgetdebatte verzichtete und auch sonst während dieses Zeitraums nichts von Belang leistete. Dafür hat Stoljpin die Genehmigung, daß das 2½-Milliardenbudget der Bureaukratie in unbedingter Form aus der Duma des Staatsreiches hervorgeht. Es muß allerdings bemerkt werden, daß ein großer Teil des Ausgabenbudgets dank den Budgetregeln vom 21. März 1906 vor jeder Kritik „gepanzert“ ist. Es unterliegt aber keinem Zweifel, daß die oktobristische Duma auch im Besitz uneingeschränkter Budgetrechte die Grundzüge des bestehenden Budgets unangefastet gelassen hätte. Denn genau so wie das russische Budget jetzt wie zuvor die innere Struktur des russischen absolutistischen Staates widerspiegelt, bringt die Majorität der Derrumduma trotz ihrer konstitutionellen Mächte die Tendenzen und Grundzüge der „vorinstitutionellen“ Zeit in unbedingter Form zum Ausdruck.

Die Gesamtsumme des ordentlichen Ausgabenetats beläuft sich nach den in der Duma vorgenommenen unwesentlichen Kürzungen auf 2207,5 Millionen Rubel, von denen für Heer, Flotte, Polizei, für den Unterhalt der Garnisonen und der Gendarmen und endlich zur Deckung der fälligen Anleiheausgaben 1075 Millionen Rubel hergegeben werden. Da sich die reinen Staatseinkünfte (nach Abzug der Exploitationskosten der Staatsbetriebe, der Rückzahlungen usw.) auf etwa 1500 Millionen belaufen, so veranschlagen die genannten Ausgabenmehrer mehr als zwei Drittel der reinen Staatseinkünfte. Anmerkenswert ist ferner die Struktur des Einnahmebudgets. Nach den Berechnungen der Budgetkommission beläuft sich dasselbe auf 2387,3 Millionen (78,6 Millionen mehr, als im Budgetentwurf des Finanzministeriums vorgesehen ist). Die einzelnen Einnahmeposten verteilen sich wie folgt: Prämienmonopol — 696,2 Millionen, Zölle — 260,5 Millionen, Oekonomie, Tabak, Zucker, Naphtha, Bündelholzsteuer — 213,5 Millionen, Stempelsteuer — 123 Millionen, direkte Steuern — bloß 182,8 Millionen! Es werden also bloß 12 Prozent der auf dem Wege der Steuererhebung aufzubringenden Summen durch direkte Steuern aufgebracht! Der größte Teil dieser Summen wird durch das Prämienmonopol aufgebracht, das dem russischen Staatsbudget den ehrgewohlenen Namen „betrunkenes Budget“ eingetragen hat.

Die dritte Duma wäre ihrem inneren Wesen untreu geworden, wenn sie die Grundbesitze der bureaukratischen Finanzwirtschaft — die Vergiftung des Volkes durch Zölle und die Ausnutzung desselben durch indirekte Steuern — angefaßt hätte. Sie akzeptierte nicht nur das kolonialistische Budget, sondern bewilligte außerdem Hunderte von Millionen für den Bau der Amurbahn und des zweiten Gleises der Sibirischen Bahn. Ein gefügiges Werkzeug in den Händen Stoljpins, erfüllt von imperialistischen Expansionsbestrebungen, ist die dritte Duma hinreichend davon überzeugt, in das Chaos der russischen Finanzwirtschaft Ordnung bringen zu wollen. Die Prüfung des Budgets, wie sie in der dritten Duma stattgefunden hat, ist nichts als eine Farce, bloß zu dem Zweck inszeniert, der bevorstehenden Milliardenanleihe ein „konstitutionelles“ Gepräge zu verleihen.

Deutsches Reich.

Die Döberiger Kriegskrede (Sie sollen uns nur kommen, wir sind bereit). In der Militär-Politik. Korrespondenz erzählt der Herausgeber Herr v. Löbberg, der gleichzeitig Berliner Beizeter der Dortmunder Zeitung ist, wie die Kunde von der Döberiger Krede des Kaisers an die Öffentlichkeit gelangte. Herr v. Löbberg schreibt: „Am Abend des 8. Juni (Montag) ist im Kaiserlichen Automobilklub beim Empfang der Prinz Heinrich-Fahrer die Döberiger Krede des Monarchen zuerst von Oherzeugen, die sie anschließend am gleichen Morgen gehört haben wollten, vor jedermann so ausgiebig und mit solch auffallenden Kommentaren wiedergegeben worden, daß der dort anwesende politische Journalist Paul Lindenberger schon am 11. Juni (Donnerstag) die „Einführungskrede“ — wie er sie nennt — zum Gegenstand einer längeren, in zahlreichen Provinzialblättern erschienenen Betrachtung machte. Am 13. Juni (Sonntag) abends brachte die Dortmunder Zeitung den vielbesprochenen Vorlauf, der erst 36 Stunden später, am Montag morgen, in je ein Berliner, Pariser und Londoner Blatt übernommen wurde. Dieser Vorlauf wurde am 15. Juni einem englischen Korrespondenten von dem britischen Spezialisten und Adjuanten des Staatssekretärs v. Schoen als „zutreffend, aber nicht an die Adresse einer einzelnen Macht gerichtet“, bezeichnet. Am gleichen Tage konnte aus Rom gemeldet werden, daß „der italienische Militärattaché in Berlin die Worte von Döberig mitangehört und als höchst wichtig sofort seiner Regierung mitgeteilt habe.“ Dann präzisierte die „Information“ die kaiserliche Mahnung auf den 20. Mai, und nachher durch weitere vier Tage der Eindruck im In- und Auslande angedeutet habe, kam am 19. Juni (Freitag) das bekannte Resümee der Norddeutschen Allg. Ztg. „Zur Lage“. Von einer journalistischen Indiskretion könne also keine Rede sein.“

Alexander Meyer 4. Im Alter von 76 Jahren ist der frühere freisinnige Abgeordnete Dr. Alexander Meyer in Friedenau bei Berlin gestorben. Im Jahre 1876 wurde A. Meyer zum Landtagsabgeordneten für Breslau gewählt. In der Wahlperiode 1888 bis 1893 vertrat er leitend den Erziehungswahl den 3. Berliner Landtagswahlkreis. Im Jahre 1881 trat Alexander Meyer für den Saalekreis in den Reichstag ein und schloß sich der liberalen Vereinigung und später der freisinnigen Partei an; 1890 wies er gegen seinen sozialdemokratischen Gegner; von 1893—1896 hatte er das Mandat nochmals inne, die Wahl wurde aber für ungültig erklärt. A. Meyer war im Parlament wegen seiner wichtigen und humorvollen Reden sehr beliebt. Am bekanntesten wurde seine „Bierrede“ mit dem geflügelten Wort: das Bier, das nicht getrunken wird, hat keinen Wert verdient!

Das Weingesetz. In der letzten Sitzung des Bundesrats wurde die Vorlage betreffend den Entwurf eines Weingesetzes den zuständigen Ausschüssen überwiesen. Aus Triest wird berichtet: Eine von 500 Witzgen des Mokol- und Saargebietes besuchte Versammlung beschloß einstimmig, den neuen Weingesetzentwurf als gänzlich verfehlt zu verwerfen.

Berlin, 29. Juni. Das Urteil des Schiedsgerichtes in Sachen der Stadt Berlin und der Großen Berliner Straßenbahngesellschaft ist gefaßt worden. Es räumt der Stadt Berlin gegen Entschädigung das Recht der Mitbenutzung der Gleise ein.

Strasbourg i. E., 28. Juni. (Wolfsches Telegraphen-Bureau.) Bei den heute stattgehabten Gemeinderatswahlen verloren die Sozialdemokraten die bisher innegehabten 16 Sitze gegen die vereinigte bürgerliche Parteien. Eine Nachwahl ist erforderlich. — Nähere Mitteilungen sind zu erwarten.

München, 28. Juni. Heute begann der Parteitag der bayerischen Sozialdemokraten. In dem Geschäftsbericht wird mitgeteilt, daß die Mitgliederzahl innerhalb zwei Jahren von 35 000 auf 47 000 gestiegen ist. Anwesend waren 200 Delegierte.

Kleine politische Nachrichten. Im Haag wurden von den Delegierten Deutschlands, Oesterreich-Ungarns und Italiens die auf der vorjährigen „Friedenskonferenz“ vereinbarten Verträge genehmigt, für Deutschland mit den Reservaten, in dem dem Reichstag vorgelegten Weisbuch angedeutet waren, insbesondere mit Rücksicht der Erklärung über die Luftschiffe. — Der italienische Deputierte Santini, der Urheber des Grenzhandels mit den Journalisten des Parlaments, erklärte brieflich die Niederlegung seines Mandats, die jedoch von der Kammer abgelehnt wurde. Der russischen Regierung ist es gelungen, die Marinekredite im Reichsrat durchzubringen, nachdem sie von der Duma zum Zeichen des

Mißtrauens gegen die Marinerverwaltung abgelehnt worden waren. Wie aus Petersburg telegraphiert wird, genehmigte der Reichsrat mit 113 gegen 35 Stimmen die für den Bau von vier neuen Panzerschiffen von der Regierung geforderten Kredite. — Die Forste hat ihren Vorkämpfern ein Interdiktum zugehen lassen, in dem diese aufgefordert werden, über die Vereinbarungen von Reval Erklärungen einzuziehen und bei den Mächten die Erklärung abzugeben, daß die Forste eine Trennung der macedonischen Militär- von den Zivilausgaben, die, wie verlaute, im Abkommen von Reval vorgezogen sei, niemals gestatten werde.

Rusland.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 28. Juni. Bei der Abstimmung über den Unterrichtsstat im Herrenhaus entfernte sich ein Teil der Mittelpartei und fast die ganze konservative Rechte, um damit ihrer Unzufriedenheit über die Haltung der Regierung in der Hochschulfrage und der Wahlmündlingsangelegenheit Ausdruck zu geben.

Studentenschlägereien.

Wien, 28. Juni. Die gestrigen Schlägereien an der Wiener Universität wurden dadurch hervorgerufen, daß in der Nacht von Mittwoch auf Donnerstag ein freiwirtschaftlicher Student von sechs kerikalen Studenten in Couleur überfallen und so arg zugerichtet worden war, daß er von Wachtelstein ins Spital gebracht werden mußte. Infolgedessen wurden die Kerikalen gefaßt auf der Universität mit Prüriren empfangen und mit Schlägen überhäuft. Sie wurden in der Aula von deutschnationalen Studenten eingeschlossen, worauf eine wilde Schlägerei entstand, bei der ein deutschnationaler durch einen Kopfschlag schwer verletzt wurde. Als Rektor Obner intervenierte, wollten die Deutschnationalen den Kerikalen den Abzug nur ohne Kappen und ohne Bänder gestatten. Darüber kam es von neuem zu Schlägereien, worauf der Rektor mit strengsten Maßregeln drohte. — Auch in Graz wurde die gestrige Schlägerei dadurch verursacht, daß die freiwirtschaftlichen Studenten den Abzug der Kerikalen nur ohne Kappen und Bänder gestatten wollten. Daraus verfuhr der Rektor sofort die Schließung des Sommerfestes.

Frankreich.

Paris, 27. Juni. Die Meldung von einer Straßenschußwunde von Reiteroffizieren des 21. Regiments in Montpellier wird offiziell demittiert.

Spanien.

Barcelona, 28. Juni. Gestern abend explodierte an einem Abort in der Rambla-Floresstraße abwärts eine Bombe. Zwei Personen wurden verletzt, eine derselben, ein Polizeibeamter (1), in seinen Wunden erliegen. Auf der Straße war aus Anlaß eines dort passierenden historischen Festzuges eine zahlreiche Volksmenge angesammelt, der sich eine große Panik bemächtigte. Ein Mann, der kurz nach der Explosion den Abort verließ, wurde verhaftet und wäre von der Menge gehindert worden, wenn die Polizei es nicht verhindert hätte. Später wurden noch zwei Verhaftungen vorgenommen.

Madrid, 28. Juni. In Verlaß der gestrigen Bombenexplosion wurden in Barcelona noch sechs Verhaftungen vorgenommen. Der Ministerpräsident Maura erklärte, er glaube, daß bereits alle Schuldigen verhaftet worden seien.

Rusland.

Verammlungsfreiheit.

Das Auslandskomitee des Bundes sendet folgende Mitteilung: Im Verbandsblatt der Textilarbeiter und Handlungsgesellen in Lodz sollte eine Versammlung von Druckereiarbeitern stattfinden. Die Polizei war davon in Kenntnis gesetzt und hatte die Genehmigung für diese Versammlung erteilt. Vor Eröffnung der Versammlung trafen Polizei und Gendarmen ein, die die Versammlungsbesucher einer förmlichen Disziplin unterworfen und 110 Personen (darunter 3 Frauen) verhafteten. Die mitgeteilt wird, sollen auch einige Vorstandsmitglieder des Textilarbeiterverbandes verhaftet worden sein, bis gerade zu dieser Zeit Sitzung abhielten. Alle Verhafteten wurden im Gefängnis interniert, während in ihren Wohnungen Hausdurchsuchungen veranstaltet wurden. — Vor kurzem wurden ebenfalls die Teilnehmer einer Wäckerer-Versammlung verhaftet, die von der Polizei genehmigt worden war.

Selbstmorde in Petersburg.

Die Wirtschewja Wedomosti teilen auf Grund der Angaben der statistischen Abteilung am städtischen Magistrat folgende Zahlen zur Selbstmordstatistik in Petersburg mit: Die Zahl der Selbstmorde und Selbstmordversuche belief sich im Januar auf 80, Februar — 89, März — 81, April — 114, Mai — 198. Insgesamt belief sich die Zahl der Selbstmorde auf 562 (398 Männer, 194 Frauen) gegen 392 (213 Männer, 166 Frauen) während desselben Zeitraumes im Vorjahre. Die Hauptursache aller Selbstmorde war Arbeitslosigkeit und Mangel an Existenzmitteln.

Steuereintreibung im russischen Dorfe.

Da die Steuerrückstände der Bauern sehr unpünktlich eingehen, hat das Finanzministerium den Eisenbahnverwaltungen vorgeschrieben, den Bauern, die Arbeiten auf den Bahnen verrichten, jeweils Deckung der Steuerrückstände Abzüge vom Gehalt zu machen. Eine prächtige Illustration zum 2½-Milliardenbudget Russlands!

Montenegro.

Cettinje, 28. Juni. Gestern wurde in dem Prozeß wegen des im November vorigen Jahres gegen den Fürsten gerichteten Anschlages das Urteil gefällt. Von den anwesenden Angeklagten wurden zwei zum Tode verurteilt. In contumaciam zum Tode verurteilt wurden Gogorowitsch, der Präsident der montenegrinischen Universitätsjugend, sowie drei andere Angeklagte. Eine Anzahl weiterer Angeklagter wurde zu lebenslänglichen Zuchthausstrafen verurteilt, darunter der Angeklagte Rayfowitsch, bei dem man die Bomben gefunden hatte. Drei Angeklagte erhielten Gefängnisstrafen von zwei bis zehn Jahren, die übrigen drei wurden freigesprochen.

Bulgarien.

Sofia, 28. Juni. Fürst Ferdinand eröffnete heute die außerordentliche Session der Sobranje mit einer Thronrede, in der Vorklagen über die Sicherung der Pressefreiheit und über die Autonomie der Universitäten sowie Reformen auf dem Gebiete des Schulwesens und die Aushebung gewisser diktatorischer Bestimmungen in der Steuererhebung angeklagt wurden. Bezüglich der äußeren Politik heißt es in der Thronrede: In dem Bestreben, alle Kräfte der Nation in friedlichem Fortschritt der Kultur zu widmen, gab und gibt auch heute Bulgarien Beweise seines Wunsches, freis in den besten freundschaftlichen Beziehungen zu allen Staaten zu leben. Die Regierung wird, wie bisher, so auch in Zukunft alle ihre Bemühungen darauf verwenden, die guten Beziehungen Bulgariens insbesondere zu den Nachbarstaaten zu wahren und zu festigen. Unter der Bedingung, daß seine nationalen Rechte und wirtschaftlichen Interessen nicht verletzt werden.

Marokko.

Paris, 28. Juni. Aus Fez wird gemeldet, daß eine Mahalla in der Stärke von 2000 Mann, die für Marakech bestimmt ist, ausgeliefert wird. Die Sahibischen Mahallas werden fortgesetzt vom Raib Muzi geschlagen. Drei ihrer Führer wurden getötet. Den neuesten Meldungen zufolge will Muley Hafid Ende Juli nach Rabat aufbrechen.

Persien.

Der persische Gesandte in Berlin über die Situation. Ein Mitarbeiter des F. Z. wurde von dem persischen Gesandten in Berlin Mahmood Khan, Schicham-ee-Saltaneh, der ein Prinz aus dem Hause des Schahs ist und im 47. Lebensjahre steht, empfangen. Der Gesandte machte folgende Mitteilungen über die Situation in Persien:

Selbstverständlich haben mich die letzten traurigen Ereignisse in Teheran tief bewegt. Reiner ganzen Vergangenheit nach gehen meinen Kollegen und bei der Mehrzahl der Mitglieder des Reichshausen, dem ich angehöre, der Fall ist. Denn wir wissen alle, daß allein durch das Parlament eine Garantie für die nationale Unabhängigkeit und die kulturelle Entwicklung unseres Vaterlandes geboten werden kann.

Dabei verhehle ich mir nicht, daß das nunmehr aufgelöste Parlament, dessen Präsident ich fast ein Jahr lang war, während seiner zweijährigen Existenz sehr viele Fehler begangen hat, die wahrheitsmangelhafte Zusammenfassung zurückzuführen sind. Ich habe häufig seine Beschlüsse überdacht und ist öfters den Rechen des Thrones unnötigerweise zu nahe getreten; auch ist es ihm nicht gelungen, die geplanten und sicherlich gut gemeinten Reformen vollständig zu realisieren. Immerhin hat es das Parlament doch verstanden, eine gewisse Ordnung in das Budget zu bringen, die sich der öffentlichen Meinung zu begründen, den größten Unrechtigkeiten zu steuern und vor allem das Nationalgefühl des persischen Volkes zu heben. Daß das Parlament in den meisten wichtigen Fragen verjagt und oft einen demagogischen Charakter gezeigt hat, beruht in erster Linie auf zwei Gründen: Der fortgesetzte Mangel und der manchmal allzu, manchmal passiv hervortretende Widerstand des von seiner russischen Umgebung beeinflussten Schahs gegen das konstitutionelle Regime haben dem Parlament die Durchführung gegenbringender Reformen unmöglich gemacht. Als der verabschiedeten dieser Maßgabe möchte ich in erster Linie den russischen Geheimsekretär des Schahs namens Schapal und den Kommandanten der Kosakenbrigade Liathow bezeichnen. Diese Männer hat es ausgemacht, die im Verein mit einer Reihe persischer Reaktionen im Dezember vorigen Jahres den misglückten Staatsstreich in Teheran gesetzt hatten, den sie jetzt mit mehr Erfolg wiederholt haben.

Ich kann es aus der Ferne nicht mit Sicherheit beurteilen, warum es nicht auch diesmal gelungen ist, das Blutbergischen zu verhindern, und ich kann in Erinnerung an die Zeit vor einem halben Jahre — ich war damals noch Präsident des Parlaments — nicht genug die ausgezeichnete Haltung des diplomatischen Korps rühmend, das es verstanden hat, ohne sich irgendwie in die inneren Angelegenheiten des Landes einzumischen, die Aufmerksamkeit des Schahs auf die für seine Dynastie wie für sein Volk verderblichen Folgen des Bürgerkrieges zu lenken und das drohende Unheil damals zu verhüten.

Es ist sicherlich nicht leicht, über die nächsten und ferneren Folgen des letzten Blutbergischen in Teheran und in den Provinzen einen Urteil abzugeben. Davon bin ich aber überzeugt, daß die Konstitution in Persien nicht mehr zu beseitigen ist, und daß die Ereignisse der letzten Tage, in denen das persische Volk mit anderen Worten, die persische Soldaten, geführt von fremden Offizieren und Unteroffizieren, die Wächern und Vertrauensmänner der Nation angriffen, nur dazu beitragen werden, das Nationalgefühl der Perser zu stärken. Deshalb glaube ich auch, daß es die Politik des Schahs ist, binnen kurzem ein neues Parlament einzuberufen und nicht von dem ihm durch seinen Eid vorgeschriebenen Wege abzuweichen. Sollte sich aber der Schah, was Gott verhüten möge, anders entscheiden, so sehe ich allerdings einen lange dauernden Bürgerkrieg voraus, in welchem vielleicht auch der Prinz Sik-e-Sultan eine bedeutende Rolle spielen dürfte.

Denn das persische Volk weiß, daß es mit dem Parlament auch seine Unabhängigkeit verlieren würde, und diese wird es bis zum letzten Blutstropfen verteidigen. Aus diesem Grunde möchte ich auch glauben, daß alle europäischen Staaten, und insbesondere England und Deutschland, ein lebhaftes Interesse an der Erhaltung des Parlaments haben. Deutschland seinerseits hat starke Handelsinteressen in Persien, ist im Begriff, durch die große deutsche Stadt in Teheran das gesamte persische Unterrichtsministerium zu reformieren und wird binnen kurzem durch Errichtung einer Deutschen Bank in Persien noch weiteren Aufschwung finden. Alles dies würde auch durch die kleinste Einschränkung der Selbstständigkeit meines Vaterlandes in Frage gestellt werden.

So vermag ich eine glückliche Zukunft für mein Land nur in Falle einer Beibehaltung der von Muzaffer-eb-Din-Schah verlebten Konstitution zu erblicken. Allerdings möchte ich dem Schah und Parlament gemeinsam an dem Zustandekommen der Reformen arbeiten. Hierzu ist aber meines Erachtens eine internationale Anleihe die Vorbedingung, die aber kaum ohne Einrichtung einer internationalen Schuldenverwaltung zu haben sein dürfte. Auch von einer solchen vermag ich aber nur Gutes für mein Vaterland zu erwarten.

Aus Wien wird vom 28. Juni gemeldet: Auf eine Anfrage telegraphierte der österreichisch-ungarische Gesandte in Teheran an die Neue Freie Presse, daß die Ruhe dort beinahe hergestellt und keine Gefahr für die Europäer bestehe.

Täbris, 28. Juni. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Das Schicksal, das gestern am Tage aufgehört hatte, begann gegen Abend wieder aufs neue. Aus Rache für die verübte Mordthat drangen Reaktionskräfte in den Stadteil Kasab ein und töteten zwei Gegner, die sie vorher grausam mißhandelt hatten. Die Leiche des einen wurde von seinen Angehörigen durch die Stadt getragen, wobei sie das Volk gegen die Reaktionskräfte aufreizten. Die Erbitterung der Parteien ist sehr groß. Die Leiche sind vorläufig außer Gefahr. Die Gewalttätigkeiten und Ausschüßungen werden durch die Raubüberfälle stark geschäbigt.

Täbris, 28. Juni. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Von gestern abend bis heute Mittag dauerte das Schicksal an. Die Menge, in deren Händen die Nacht ist, plünderte gefaßt das Arsenal und nahm Gewehre und Patronen an sich. Die gestrigen Greuel beantworteten die Revolutionäre damit, daß sie den in ihren Händen befindlichen Bruder eines einflussreichen Würdenträgers töteten. Die Lage der Stadt wird kritischer. Die Besatzung bleibt geschlossen.

Der Grenzstreit mit der Türkei.

Petersburg, 28. Juni. Nach Informationen der Petersburger Telegraphen-Agentur hat die türkische Regierung im türkischen persischen Grenzstreit die Befehle der außerhalb der sogenannten freitigen Zone liegenden Gegenden durch türkische Truppen als unbedeutend anerkannt und ihren ersten Delegierten Tahir Pascha verantwortlich gemacht für strenge Beobachtung der Grenzen der erwähnten Zone. Dabei wurde es vorgebracht, die türkischen Abteilungen von unbedeutender persischem Territorium zurückzuziehen, dieses in seinem Falle zu betreten und dies auch den Kurden nicht zu gestatten, und ebenso die Kurden nicht als Werkzeug zu benutzen.

Das Trainautomobil.

r. k. Es ist etwas Eigentümliches um den Moloch: Raum glaubt man den Zeitpunkt gekommen, in dem seine weitere Entwicklung wenigstens einstweilen unmöglich wird, so eilt ihm das Technikum zu Hilfe und pumpt ihm neues Leben ein. Man konnte z. B. die so rechtige Hoffnung hegen, daß der an Umfang immer mehr zunehmende Train der Vergrößerung der Distanz bald eine Grenze setzen würde, denn die Größe des Trains beeinflusst die strategischen Bewegungen, die im modernen Kriege gewöhnlich ausfallend sind. Auf die Dauer kann man den Train natürlich nicht entbehren und daher müssen die Truppen manchmal tagelang warten, bis ihre Trains sie wieder eingeholt haben. Je länger der Train einer Marschkolonnen, um so länger dauert es, bis die letzten Truppen an die letzten Truppen herangefahren sind. Die Marschkolonnen der Trainskolonnen sind enorm. Die Truppen eines einzigen kriegs-

starke Armeekorps weisen inklusive der Wagen, die sie im Gefecht unbedingt brauchen und daher im Zuge unmittelbar bei sich haben müssen, in der Marschformation eine Tiefe von mindestens 22 Kilometern auf, der eigentliche Train des Armeekorps, der ihm erst in einer je nach den Umständen mehr oder weniger großen Entfernung folgt, hat eine Länge von ungefähr 20 Kilometern. Dabei sind vorzügliche Straßen vorausgesetzt. Kommen mangelhafte Straßen in Betracht, so erhöhen die Marschleistungen sich bis auf das Doppelte. Man kann sich demnach vorstellen, weshalb ein kolossaler Zug hinter zwei Armeekorps, die durch die momentanen Verhältnisse gezwungen sind auf einer Straße zu marschieren, herzieht. Während der Train auf dem Vormarsch im allgemeinen wenigstens nur hinderlich ist, kann er auf dem Rückzuge der Anlaß zu einer Katastrophe werden, indem er die Straßen sperrt und dadurch unter den im Rückzuge befindlichen Truppen Störungen verursacht. Drückt der Gegner heftig nach, so sind Paniken und Gefangenahmen unausbleiblich.

Nun war der Train in den letzten 20 Jahren ständig im Wachstums begriffen, weil die technischen Hilfsmittel der Armeen fortgesetzt zunahm. Telefon und Postkutschen kamen hinzu, der lenkbare Luftballon wird wohl auch bald ein Bestandteil der Feldarmee werden, die Munitionswagen usw. sind ebenfalls zahlreicher geworden. Wenn die Sache so weiter ging, so müßte der Zug derartige Dimensionen annehmen, daß nichts mehr übrig geblieben wäre, als eine Verringerung der Armeen in Angriff zu nehmen.

Jetzt aber sprang dem Wozoch rechtzeitig das Automobil bei. Die Kraftwagen leisten jetzt schon durch die schnelle Beförderung von Führern und Generalstabsoffizieren Bedeutendes für die Armeen, aber noch viel größere Vorteile wird dem Heere der Automobilkraftwagen bringen, wenn er eine vollkommene kriegsunabhängige Konstruktion aufweisen wird. Und letzteres ist nur mehr eine Frage der Zeit.

Der kriegstüchtige Automobilkraftwagen wird auf die Kriegsführung vielleicht einen größeren Einfluß ausüben als das lenkbare Luftschiff. Wie schon bemerkt, hängen die strategischen Bewegungen besonders vom Train ab. Das Trainautomobil aber würde auf dem Gebiet des Trains eine große Umwälzung herbeiführen. Vor allem würde es die Länge der Trainkolonnen sehr verringern. Der Train besteht bisher ja nicht nur aus zwei, sondern auch aus vier- und sechspännigen Kraftwagen, die natürlich einen großen Raum in der Länge beanspruchen. Der Raum, den ein sechspänniger Wagen einnimmt, genügt mindestens für zwei Lastautomobile.

Während man im Krieg immer mit abgetriebenen Pferden rechnen muß, die gewöhnlich um so abgetriebener sind, je bringender man den Train braucht, ermüdet das Automobil nicht. Das Lastautomobil kann, wenn es nötig ist, auch schnell fahren und daher rasch an die Truppen herangezogen werden. Dabei sind, da die Trainkolonnen weitestlich kürzer werden, auch die zu den Truppen zurückzuführenden Entfernungen geringer.

Beim Rückzug bieten die Trainautomobile ebenfalls große Vorteile gegen den jetzigen Zustand. Da sie die Rückzugstrassen der Truppen rasch freimachen können, so ist die Gefahr, daß die Trainwagen die Straßen verstopfen, beseitigt.

Wir haben also gesehen, daß die Marschkolonnen des Trains durch das Trainautomobil kürzer werden, daß der Train rasch an die Truppen heranrückt und beim Rückzug rechtzeitig verschwinden kann.

Eine der schwierigsten Fragen des modernen Krieges bildet z. B. die Verpflegung der Millionenheere. Hier kann das Trainautomobil große Erleichterungen verschaffen, weil mit ihm Brot, Getreideprodukte und Konserve in kurzer Zeit den Truppen nachbefördert werden können. Mit den Lastautomobilen, die schneller fahren können als ein Güterzug im Kriege, wird es gewiß auch möglich werden, die Bahnen wenigstens einigermaßen vom Transport von Verpflegungsartikeln zu entlasten und den Nachschub teilweise auf die Landstrasse zu verlegen. Es ist auch zu hoffen, daß die Truppen nach Schlachten, wo sie meistens hungern müssen, rechtzeitig Lebensmittel erhalten werden.

Aber nicht genug damit, daß das Trainautomobil die Verpflegung des Menschenmaterials erleichtert, es erleichtert auch die Verpflegung der Pferde dadurch, daß die Automobile keine Pferde brauchen und infolgedessen die großen Mengen Futter, die für die Pferde des Trains bisher nötig waren, wegfallen.

Das Trainautomobil wird die Beweglichkeit der strategischen Operationen so erhöhen, daß die Rückkehr der Tage, in denen ein genialer Feldherr eine doppelte Hebermacht besaß, nicht ausgeschlossen ist. Namentlich das Haupttransportmittel bedeutender Führer, das sogenannte Schlagen auf der inneren Linie, bei dem ein Teil eines zu weit auseinandergezogenen feindlichen Heeres niedergeworfen wird, ehe ihm Hilfe werden kann, wird durch die Trainautomobile erleichtert werden.

Das Trainautomobil ist also dem durch die Schaffung von Millionenheeren in nicht kleine Schwierigkeiten geratenen Wozoch leider im letzten Moment beizugekommen. Dem Steuergahler öfnet diese Tatsache allerdings sehr betrübende Ausichten. Die Anschaffung der Automobile wird enorme Summen verschlingen. Außerdem handelt es sich hier um eine Maschine, die großer Verbesserungen fähig ist und daher wird es ähnlich gehen wie mit den Gewehren, Geschützen usw., bei denen eine Konstruktion die andere verdrängt.

Gewerkchaftliche Arbeiterbewegung.

Sachsen.

Polizei und Unternehmertum.

Der Streik in dem Rhodanitwerk in Dohna, der sechs Wochen dauerte, ist aufgehoben. Trotzdem die Firma durch diesen Streik einen nicht unbedeutlichen Schaden erlitten hat, ist sie nicht dazu zu bewegen, den Streikenden die Forderung, die Arbeitszeit von 11 auf 10 Stunden täglich herabzusetzen und 3 Pf. Lohn pro Stunde zuzulegen, zu bewilligen. Die Betriebsleitung will durch ihre ablehnende Haltung nach außen den Anschein erwecken, als hätte sie genügend Arbeitswillige erhalten. Die Streikenden wissen aber nur zu gut, wie es mit diesen Arbeitswilligen ausseht. Solche, die bei dem Stadtrat in Dohna um Armenunterstützung nachgesucht oder sie empfangen haben, solche, denen die Landstrasse zur Heimat geworden ist, und Ausländer hat sich der Herr Betriebsleiter zusammengesucht, wobei ihm der Herr Stadtdirektormeister von Dohna und seine Schulmannschaft mit großem Eifer behilflich waren. Sogar die Polizeiposten auf dem Hauptbahnhof in Dresden beteiligten sich an der Suche nach Arbeitswilligen für das Rhodanitwerk. Wie die Arbeiter selbst angeben, soll sich der Gendarm Nr. 435 von der Wache im Hauptbahnhof, namens Karl Heber, ganz besondere Mühe dazu gegeben haben. In der Nacht vom 6. zum 7. Juni ist von dem genannten Gendarmen ein junger Mann, der sich auf der Durch-

reise in Dresden befand, im Hauptbahnhof schlafend getroffen worden. Nach eingehender Vernehmung über seine Personlichen, woraus der Gendarm erkennen konnte, daß der so Ausprobierte längere Zeit arbeitslos, aber auch gänzlich mittellos war, fragte er, ob er denn arbeiten wolle, was auch von dem Mann schon deshalb bejaht wurde, um sich dem eventuellen Eingesperrwerden zu entziehen. Darauf nahm ihm der Gendarm die Papiere ab und ging damit in die Wachtstube. Nach kurzer Zeit kam der Gendarm wieder zurück und übergab dem Arbeiter eine Zettelkarte von Dresden nach Dohna mit 15 Pf. für eine weitere Fahrkarte von Dohna nach Dohna! Dann führte er ihn zu Zweien, die sich schon auf dem Bahnhof aufhielten, die ebenfalls von dem Gendarmen als Arbeitswillige für das Rhodanitwerk angeworben waren. Unter anderem teilte ihnen der Gendarm mit, daß sie in Dohna von einem „besseren Herrn“ abgeholt würden.

Derselbe Gendarm hat wiederholt einzelnen dieser Arbeitswilligen das Jahrgeld von Dresden nach Dohna bezahlt. Als ihm aber das Geld zurückerstattet werden sollte, erklärte er, daß er weiter nichts zu verlangen hätte als 10 Pf., die er dem einen Arbeitswilligen geliehen haben will.

Einer von den Arbeitswilligen gibt an, er sei schon sieben Jahre auf der Landstraße, ohne Arbeit, er müsse jetzt einmal arbeiten, um ein Zeugnis zu erhalten! An Zuorkommenheit und Fremdschamlichkeit den Arbeitswilligen gegenüber hat es die Betriebsleitung nie fehlen lassen. Der Meister des Betriebes stellt ihnen seine Kinder zur Verfügung, die ihnen zu jeder Zeit Bier zu holen haben. Für diejenigen, die gleich in der Fabrik einlogiert sind und nichts auf einem alten Strohhalm schlafen, findet von Zeit zu Zeit ein Einlogierort statt, wobei der Betriebsleiter in eigener Person den Mundstuch der Arbeitswilligen abnimmt. Wenn das auch nicht als eine Erniedrigung des Herrn Betriebsleiters zu betrachten ist, so bezeugt es aber eine Wandlung, die der Streit auf dasjenige bei kleinen Ursachen aufbrauende Temperament des Herrn Betriebsleiters gehabt haben muß. Denn vor dem Streit hat er mitunter nicht einmal den Gruß der Arbeiter mit einem Lächeln erwidert. Auch war vor dem Streit den Arbeitern sogar das Biertrinken während der Spausen verboten.

Trotz dieses Entgegenkommens scheint es auch den Arbeitswilligen in dem Rhodanitwerk in Dohna nicht zu gefallen, denn es geht zu wie in einem Taubenschlag. Das dicke Ende werden aber diese „Mausfreier“ nun erst empfinden, nachdem die Streikenden den Kampf aufgegeben haben. Die organisierten Arbeiter aber werden auch trotz des verlorenen Kampfes mit eigenem Interesse den Betrieb im Auge behalten.

Inland.

Gewerkchaften und Lokalfrage.

In Gelling verweigerte der Wirt des Schützenhauses, Herr Hlbig, das Lokal für eine Zimmererverammlung. Von der Dresdner Verbandleitung war für Freitag den 25. Juni, abends, eine Verammlung für Zimmerer angesetzt worden. Am Nachmittag erklärte Herr Hlbig dem Vertreter der Verbandleitung gegenüber, daß er vom Wirtmeister erfahren (!) hätte, daß bei ihm eine Gewerkschaftsverammlung stattfinden solle, daß er das aber unter keinen Umständen dulden könne, da er in acht Tagen Schützenfest abhalte und da Schaden haben würde. Wegen der zu den Ferien kommenden Sommerferien machte Herr Hlbig folgende interessante Bemerkung: „Was denken Sie denn? Ich bekomme nicht einen einzigen Sommerfrühling vom Bürgermeisteramt zugewiesen, wenn ich das in meinem Lokal zulasse. (!) Nach dem Schützenfest oder später wenn die Sommerferien weg sind, hätte ich meinen Saal zur Verfügung gestellt.“ Als ihn der Vertreter auf die Inkonsequenz seiner Handlungsweise hinwies, erklärte Herr Hlbig: „Wissen Sie, ich bin jectandig, aber wenn Sie mich etwa reizen, dann sollen Sie mich kennen lernen. Ich kann so wild werden, daß ich nicht mehr weiß, was ich mache.“ Jedenfalls beweist der Vorgang den dortigen Arbeitern, wie hoch man sie einschätzt. Die Bauarbeiter des Neubaus der Stadt Dresden verließen jeden Abend bei Herrn Hlbig. Aber das Recht, ihre gewerkschaftlichen Interessen zu vertreten, haben sie nicht. Offenlich lernen die bangewerblichen Arbeiter von Gelling und Umgebung, daraus, daß sie sich in Zukunft Mann für Mann der Organisation anschließen. Es wäre interessant, zu wissen, ob Herr Hlbig in bezug auf den Bürgermeisteramt und die Gelling'schen Schützen nicht etwa nur gekunkelt hat.

Achtung! Steinseker und Hammer!

Am Kasernenbau in Freiberg bestehen Differenzen wegen Mäßreglung von drei Steinsekkern. Die Firma Jost-Dresden, die die Pfisterarbeiten (als billigste Firma) dort ausführt, bemüht sich fortgesetzt, aus verschiedenen Gegenden Deutschlands billigere Arbeitskräfte heranzuziehen, trotzdem die Dresdner Steinsekkern einen Tarifvertrag mit dem Zentralverband der Steinseker (Pfisterer) und Berufsangehörigen Deutschlands abgeschlossen hat. Herr Jost ist Obermeister der Dresdner Steinsekkern und versucht auf die Weise, den Tarif zu durchbrechen. Da jedoch dieses Vorhaben von den dort beschäftigten Steinsekkern bis jetzt verhindert worden ist, indem sie die dort angekommenen fremden Arbeitskräfte über den wirklichen Sachverhalt aufgeklärt haben, wurde obige Mäßreglung vorgenommen. Inzug ist fern zu halten! Arbeiterfreundliche Blätter werden um Abdruck gebeten.

Ausland.

Verbandsvermietungen.

Einen Schritt nach vorwärts zur Herbeiführung eines graphischen Industrieverbandes haben die Lithographen und Steinbrucker Lehrereits (Gesellschaftsbund) getan, indem sie auf ihrer zu Wien in Wien stattgefundenen Generalversammlung beschließen haben, sich mit den Steinbrucker Lehrereits und -arbeitern zu verschmelzen bzw. diese in ihren Verband zu übernehmen. An den Beratungen beteiligte sich auch der Vertreter der Gewerkschaftskommission Lehrereits, Genosse Huber; ebenso waren Vertreter ausländischer Bruderorganisationen anwesend. Die Finanzverhältnisse sind günstig; das Rechnungsjahr 1907 schließt mit einem Vermögen von 24.333 Kronen 74 Heller ab. Außerdem besteht noch ein bedeutender Widerstandsfonds gegen etwaige von den Unternehmern imgenierte Ausperrungen, zu dem die Mitglieder besondere Beiträge entrichten, je nach ihren Löhnen. Derselbe wurde auf Anraten der österreichischen Gewerkschaftskommission (Generalcommission) in den einzelnen Organisationen gegründet. Die Generalversammlung genehmigte Jahresbericht und Rechnung und beauftragte den Vorstand, eine energische Agitation unter den Steinbrucker-Lithographen und -arbeitern einzuleiten.

Dresdner Polizeibericht vom 29. Juni.

Als gestern nachmittag 11. der Vorhalt Strießen die Ehefrau eines Straßenbahnfahrers damit beschäftigt war, auf einem Koffer Spiritus aus einer Blechkanne aufzugießen, erprobte deren Inhalt, wobei die Kleider der Frau in Brand gerieten. Die Frau warf sich hilflos auf den Fußboden der Treppenflur, wo es den Vorhaltmaler Brox und seiner Ehefrau gelang, ein Weiterbrennen der Kleider zu verhindern. Trotz des schnellen und tatkräftigen Einschreitens der beiden trug die Brandwunde doch schwere Brandwunden an den Händen und am linken Arme davon, auch hatte Frau Brox einige leichte Brandwunden erlitten.

Im König-Albert-Park, in der Nähe der Nordgrundbrücke, wurde vorgestern die Leiche eines unbekannten Mannes, der sich mit einem Revolver erschossen hatte, aufgefunden und polizeilich aufgehoben. Nach dem Beschäftigungsergebnis liegt Selbstmord vor. Der Unbekannte ist etwa 30 bis 35 Jahre alt, 1,75 Meter groß, hat blonde, halblange

Haare, graublau Augen und einen rötlich blonden starken Schnurrbart. Bekleidet war er mit grau und schwarz kariertem, ziemlich neuem Jackettanzug, gelblichem Hosenunterrocken, weißem Oberhemd mit Manschetten, in denen sich goldene Knöpfe befanden, schwarzem Schloß und schwarzem freiem Kragen. Zur Bekleidung der Bekleidungsstücke des Toten dienende Nachrichten wollten an die Königl. Polizeidirektion gerichtet werden.

In der Vorstadt Pilschen erlöschte sich vorgestern ein 30 Jahre alter Steingutarbeiter. Schwermut wird als Beweggrund zur Tat bezeichnet.

Am Freitag fiel in der Friedrichstraße beim Abwachen der Wohnungstüre eine Frau von einer Leiter zu Boden und zog sich einen Kniegelenkbruch zu.

Bei der Ausführung einer Flügelleiterreparatur an einem Röhrenschornstein in der Altkath wurde am Freitag ein Mechanikerlehlung infolge Reizens des dazu benutzten Seiles aus einer Höhe von etwa 12 Metern auf das Dach herab und erlitt einen Beckenbruch, einen Bruch des linken Vorderarms und eine Gehirnerschütterung.

Wetterprognose des Sachs. Meteorologischen Instituts zu Dresden für den 30. Juni 1908:
Lebhafte Nordwestwinde; wollos; kühl; zeitweise Regen.

Letzte Telegramme.

Prozeß Eulenburg.

Berlin, 29. Juni. (Privattelegramm der Dresdner Volkszeitung.) Jost Eulenburg wird auf einer Tragbahn durch den Zuschauerraum in den Saal gebracht. In seiner Begleitung befinden sich seine Gattin und zwei Söhne. Ein furchtbarer Mannes um die Zuschauerplätze entspinnt sich. Es wird höchste Kontrolle geübt. Nur Jostaber von Harten und Zent, die Vorladung zu anderen Terminen haben, dürfen das Gerichtsgelände betreten. Unter diesen befindet sich auch Graf Hans v. Kottbe, der sich inzwischen hat den Vollzug haben lassen, er sieht sehr verändert aus. Als Vertreter der Anklage fungieren Staatsanwalt Wendt und Staatsanwalt Rast; hinter ihnen hat der Generalstaatsanwalt Badler Platz genommen. Bei Bildung der Geschworenenschaft machen die Verteidiger von ihrem Abkündigungsrecht bis zur Eröffnung Gebrauch; es werden fünf Personen abgelehnt. Die Zahl der Zeugen und Sachverständigen ist außerordentlich groß. Es befinden sich darunter der Witzbändler Medel und zwei Hofmeister Ernst aus München sowie ein Major, Dr. Strödel, zahlreiche Richter vom Starnberger See, der verurteilte Freund des Fürsten, Graf Wendtstein, zahlreiche Kriminalkommissare. Der Verurteilte ruht die Zeugen auf und fordert sie auf, der Wahrheit zum Recht zu verhelfen. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird während der ganzen Dauer der Verhandlung die Öffentlichkeit ausgeschlossen werden.

Berlin, 29. Juni. (Volks-Telegraphen-Bureau.) In der Schwurgerichtsverhandlung gegen den Fürsten Eulenburg, deren Beginn für heute vormittag 11 Uhr anberaumt ist, hatte sich bereits gegen 10 Uhr zahlreiches Publikum vor dem alten Kriminalgerichtsgelände und auf den Treppen desselben angeammelt. Bereits um 10¹/₂ Uhr wurde der Fürst auf einer Tragbahn in einen Raum neben dem großen Schwurgerichtssaal, in welchem die Verhandlung stattfinden soll, transportiert.

Sozialdemokratische Landesversammlung für Bayern. München, 29. Juni. Die sozialdemokratische Partei Bayerns hielt gestern hier ihre Landesversammlung ab. Der Bericht des Landesverbandes ergab ein gutes Bild, der die weitere Organisation der Partei jetzt als vollständig beendet erachtet und eine Revision des Regensburger Programms in Aussicht stellt. Der parlamentarische Bericht der Landesorganisation gaben die Abgeordneten Sepp und Adolf Müller. Nach diesem Bericht wurde eine Reihe Anträge und Resolutionen zur Wohnungsfrage und Steuerreform eingebracht, welche Annahme fanden. Danach soll die Partei in der Wohnungsfrage im Staat wie in der Gemeinde die Initiative ergreifen und in der Steuerfrage im Reich und in Bayern für die direkten Steuern eintreten, vor allem aber gegen ein Einkommens-Monopol, durch das Bayern wirtschaftlich immer mehr abgedrückt wird.

Spionage-Fraßch. Weizsäcker, 29. Juni. Vor dem weizsäckerischen ersten und dritten Straßengericht des Reichsgerichts begann heute früh die Verhandlung gegen den Buchhalter Joseph Gensberger, geboren 1883 in Gornweiler, wohnt in Hainberg bei Weizsäcker. Er ist der Spionage zugunigen Strafrechts beizuhilflich. In den Jahren 1906 bis 1908 hat er einem Vertreter eines Forster Nachrichtenbureaus gegen zu haltende Nachrichten mündlich und schriftlich überreicht, namentlich über die Gefangenenverhältnisse einzelner Feldartillerieregimenter, über Munitionswagen und Feldgeschütze sowie deren Besatzung, Bedienung und Verteilung. Geladen sind drei Zeugen und zwei Sachverständige. Die Öffentlichkeit wurde für die ganze Dauer der Verhandlung ausgeschlossen. Das Urteil wird voraussichtlich nachmittags verkündet werden.

Der Reichliche Meinesprozeß. Weizsäcker, 29. Juni. In dem zweiten Meinesprozeß Meinesprozeß sollte heute das Schwurgericht auf Antrag des Staatsanwalts Anrens das Verfahren gegen den Hausangestellten Meines vorläufig ein. Das Gericht ist der Ansicht, daß eine weitere Verhandlung gegen Meines zwecklos sei, weil er bereits die höchstzulässige Strafe von 15 Jahren Zuchthaus im ersten Prozeß erhalten hat. Meines wurde in seine Zelle zurückgeführt und es wurde ohne ihn weiterverhandelt.

Automobil-Unglück. Frankfurt, 29. Juni. Als ein Automobil der hiesigen Bürgermannschaft gestern abend 6 Uhr vor dem Hauptbahnhof in Richtung auf den Taunus zurückfuhr, stießen 20 Personen ein, um anzufahren. An einer Kurve schlug das Automobil um, wobei drei Personen getötet und mehrere schwer verletzt wurden.

Dresden, 29. Juni. Der einmündige Automobilfahrer, der bei einem Baden des Herrn v. Jostrow getöteten Pferde und gingen durch, wobei der Wagen umgeworfen wurde. Herr v. Jostrow rettete sich durch Abspringen, seine beiden Töchter und ihre Erzieherin wurden schwer verletzt.

Aus Persien. London, 29. Juni. Aus Teheran wird gemeldet, daß die allgemeine Unsicherheit im Wachsen begriffen ist und das Volk zur Verzweiflung getrieben wird. Die halb hungernden Truppen sind auf Plünderungen erpicht und begehen schreckliche Verbrechen. General Liathoff ist Herr der Lage. Er spielt die Rolle eines absolut unabhängigen Diktators. Der Kaiser will es Sultan bietet einen bejammernswerten Anblick. Die Verluste des Prinzen werden auf 200.000 Tote, geschätzt. Zugewandert wurden das Lager des Schahs befeindigt an und zählt, wie es heißt, bereits 10.000 Mann.

Wien, 29. Juni. Den Zeitungen wird aus Teheran über die Lage gemeldet: Trotz der Versprechungen des Schahs sind vorgestern 12 bisherige Abgeordnete durch das Kriegsgericht zum Tode verurteilt und sofort erhängt worden. Der russische Botschafter Nemeloff wurde zum Vorüber des verurteilten Putschführers ernannt. Schmiedberg, 29. Juni. (Privattelegramm.) In der Mühlenbauranstalt von Gebr. Led. Schmiedberg (Schmiedberg) geweiht heute vormittag ein Fieber in die Arbeitsmaschine, wobei er sich schwere Verletzungen an der rechten Hand zuzog.

Das heutige Blatt enthält 10 Seiten.

Gewerkschaften im Plauenschen Grund und Umg.

IV. Gewerkschafts-Fest.

Sonntag den 12. Juli, von nachmittags halb 2 Uhr an, auf dem Schlachthof-Areal zu Potschappel und angrenzenden Grundstücke

Der Abmarsch des Festzuges erfolgt punkt halb 2 Uhr nachmittags vom **Gasthof Gittersee**. Mit 6 Musikchören bewegt sich der Festzug durch **Gittersee, Coschütz, Birkigt und Potschappel**. Kinder dürfen am Festzuge nicht teilnehmen.

Auf dem Festplatz:

Großes Instrumental-Konzert, turnerische Aufführungen. Um 6 1/2 Uhr: **Festrede**, gehalten vom Genossen **Jullus Frässdorf**, Dresden. Während des Festes finden Belustigungen verschiedener Art statt: **Luftschaukel, Karussell, Kasperle-Theater, Gabentempel, Radbuden, Schiesshallen usw.** Mehrere Schankzelte sind aufgestellt.

Von nachm. 4 1/2 Uhr an: **Feine Ballmusik** in **Angermanns Gasthof, Döhlen, Rote Schenke, Döhlen und Deutsches Haus, Potschappel.**

Partei- und Gewerkschaftsgenossen und -Genossinnen, Arbeiter und Arbeiterinnen des Plauenschen Grundes und Umgegend! Agitiert für Euer Gewerkschaftsfest! Sorgt für massenhafte Beteiligung, tragt mit allen Kräften dazu bei, das Fest zu einem volkstümlichen zu gestalten. **Das Fest-Komitee.**

Steinsetzer u. Rammer

Versammlung

Donnerstag den 2. Juli, abends 7 Uhr, im **Volkshaus**

Tages-Ordnung:

1. Stellungnahme zu der ausgebrochenen Maßregelung von drei Steinsetzern bei der Firma **Jost**, Dresden, am **Kafernen-Neubau in Freiberg** (Sachsen).
2. Sonstige gewerkschaftliche Angelegenheiten.

Zahlreiches Erscheinen ist notwendig! Der Einberufer.

Musenhalle Löbtau

Dienstag den 30. Juni 1908, bei gütiger Witterung

Gr. Garten-Konzert ausgeführt von der Kapelle des **Königl. Bergmusikkorps**. Leitung: Musikdirektor **M. Roth**. Eintritt 10 Pf. — Beginn abends 8 Uhr. — Sorgfältig gewähltes Programm. Um zahlreichen Besuch bitten **Ernst Vallen u. Frau.**

Königl. Grosser Garten.

Frankes Etablissement

Jeden Dienstag von abends 6 1/2 bis 11 Uhr

Gr. Militärkonzert ausgeführt von der Kapelle des **2. Reg. Sächs. Grenadier-Reg. Nr. 101**. Direktion: **L. Schröder**. Eintritt 10 Pf.

Es lobet ergebenst ein **Ferd. Franke.**

Bürger-Schänke

Palmstrasse | eine Minute vom Postplatz

Grösstes und schönstes Bier- und Speiselokal Dresdens.

Restaurant Union, Huttenstrasse 7 empfiehlt keinen Gesellschaftsraum und schattigen Garten allen Vereinen und Gewerkschaften zur gütigen Benutzung. Für gute Speisen und Getränke wird bestens gesorgt. Hochachtungsvoll **Gustav Kranko.**

Hübler-Hof, Hüblerstrasse 13 empfiehlt seine Lokalitäten einer geneigten Beachtung. Neu eingerichtet: **Stehbierhalle, Schattiger Garten, Gutenbürgerlichen Mittagstisch, Feinsteller-Biere.** Achtungsvoll **Jon. Straube.**

Achtung! Löbtau! Den geehrten Einwohnern von Löbtau und Umgegend zur gef. Kenntnis, daß wir unser Geschäft für **Gelegenheits-Käufe** sowie Ein- u. Verkaufsgeschäft von **Reisewischer Str. 56** nach **Leumerstrasse 3** unmittelbar am **Kostitz-Wallwitz-Platz** und **Bünastrasse** verlegt haben. Hochachtungsvoll **Karl Kühnel und Frau.**

Prof. Dr. Friedrich v. Esmarch's alkoholfreies Getränk

Tafelgetränk Sr. Maj. des Deutschen Kaisers. — Generalvertreter: **Gebr. Haubold, Dresden-A., Gabelsbergerstr. 13.**

Frauen 4. Wahlkreis.

Mittwoch den 1. Juli abends 9 Uhr

Diskussions-Abend bei **Nowak, Nischenstr. 22, Ecke Johann-Reiner-Str. D. V.**

Naturheilverein im Pl. Grunde E. V.

Sonntag den 5. Juli

Sommerfest in den Gartenanlagen des Vereins am **Windberge** in **Niederhäslich**, bestehend in Instrumentalkonzert, Ausflügen von **Pfefferluchen** mittels **Rohes, Verlochung, Bogelschießen, Illumination, Kinder-Competition** und anderen Volksbelustigungen. Für gute Bewirtung ist gesorgt. Anfang 3 Uhr. Eintritt frei.

Pariser Garten

Große Meißner Strasse 13. Täglich **Instrumentalkonzert** Schöner Garten der Neustadt.

Fisch-Götze, Vogelwiese. Vogelwiese 1908: **Wersich' Konzerthalle Zum Stroheckel.**

Beste Erfrischung!

- ff. Pfeffermünz-Bruch 1/2 Pf. 15 Pf.
- ff. säuerliche Bonbons 1/2 Pf. 15 Pf.
- ff. gefüllte Bonbons 1/2 Pf. 25 Pf.
- ff. gefüllte Waffeln 1/2 Pf. 30 Pf.
- ff. Limonad.-Zucker 1/2 Pf. 15 Pf.

Chocol.-Sering.

Mutterspritzen

Evälfannen v. 1 M. an, Leibbinden und alle hygienischen Frauenartikel. Preisliste gratis. 15 Proz. Rabatt. **Frau Heusinger** Ann. See 37. Ecke Dippoldswalderplatz.

Milch- u. Buttergeschäft

verbunden mit **Landesprodukten und Grünwaren** sowie **dlr. Fleisch- und Wurstwaren** eröffnen werden. Es wird unser eifriges Bestreben sein, alle unsere werthen Kunden mit nur guter und frischer Ware zu bedienen. Mit der Bitte, uns in unserem Unternehmen gütigst unterstützen zu wollen, zeichnen wir uns mit aller Hochachtung **August Albrecht und Frau.**

Auf Kredit!

Herrn- und Damen-Konfektion, Kleiderstoffe, Gardinen, Teppiche, Wäsche, Uhren, ganze Ausstattung, und einzelne Möbel, Sport- und Kinderwagen **bei kleiner An- u. Abzahlung.** **M. Langer** Wettiner Strasse 13, 1. Et. Streng reell und verschwiegen. — Schriftl. Bestell. v. prompt erledigt.

Rauchfleisch

Schinkenfeff empfiehlt **Georg Kayser** Nr. 29 Annenstrasse Nr. 29

Achtung! Achtung! Gr. Posten prima H.-Räder 88 M. D.-Räder 92 M. mit Torpedo, Exzelsior oder Continental-Pneumatik per Kasse sofort zu verkaufen.

Nur Große Bräutigasse 21, 2. Neu eröffnet!

Zu namend billigen Preisen kaufen Sie bei mir herrschaftliche, wenig getragene **Jadets, Brads, Wehrd.-Kugeln, einzelne Jadets, Wästen, Dosen, Schuhschwert, alt u. neu.** Auch **Reisgarde** sehr billig nur **Zentralbefreiungshalle Rone Gasse 13.**

Zwei Wohnungen

1. Stube, Kammer und Küche sofort, 2. Stube, Kammer, Küche u. Zubeh. per 1. Oktober zu verm. Näheres b. **Robert Haase, Bräutigasse, Neben Nr. 11.** Stube, Kammer und Küche ist für 72 M. zu vermieten und ein **kleines Stübchen** für eine Person für 36 M. am 1. Oktober zu bezie. **Rein-Maunders Nr. 13a.**

Möbel Genossen Hildebrand.

bezieht man jetzt direkt aus **Wilsdruff** von **Dreher** der mit **Cleveland-Automaten** genau vertraut ist und die Werkzeugberei übersehen kann, wird gesucht. Offerten mit **Schwanen** und **Zeugnisabschriften** unter **R. H. 500.**

Infolge meines Wegganges von hier ist es mit ein Bedürfnis, allen Parteigenossen, meinen Berufskollegen sowie sonstigen Freunden und Bekannten hiermit **Adieu** zu sagen. Mit der Bitte, mich in freundlicher Erinnerung zu behalten, grüßt **Max Freudenberg.**

Hierdurch die traurige Nachricht, daß am 28. Juni, nachmittags 6 1/2 Uhr, nach kurzem aber schwerem Leiden unser guter, treuer, geliebter Vater, Sohn, Bruder, Onkel und Schwager, der Schlosser **Friedrich Hermann Braune** beabsichtigt an der **R. S. St.-E.**, sanft verschieden ist. Dresden, **Meiß, Rumburg und Gosek a. d. S.** Die trauernde Witwe **nebst Kindern.** Die Beerdigung findet **Mittwoch den 1. Juli, nachm. 2 1/2 Uhr,** von der **Halle des Stöcker Friedhofes** aus statt.

Burdigeleher vom Grabe meines lieben Mannes, unseres guten Vaters, des **Maschinen- und Feizers Bernhard Mittag** sagen wir allen für die Teilnahme und den reichen **Blumenschmuck** herzlichsten Dank. Insbesondere Dank den **Besamten** und **Mitarbeitern** der **Maschinenfabrik Siemens, Dölln**, für die reiche Spende, den **Bahnhöfen Plauenschen Grund** und **Dresden** des **6. Reichstags-Wahlkreises** und den **lieben Hausbewohnern, Freunden** und **Bekanntem** von **nah und fern.** Auch Dank **Herrn Warrer Jentsch** für die trefflichen Worte am Grabe. **Deuben.** Die trauernde Witwe **Ernstine Mittag** nebst Kindern und Hinterbliebenen.

Dank.

Zurückgekehrt vom Grabe unserer lieben viel zu früh dahingeschiedenen Gattin, Mutter, Schwester, Schwägerin und Tante **Johanna Mathé** sprechen wir hierdurch allen denen, die uns tröstend zur Seite standen und unserer lieben Entschlafenen durch prachtvollen **Blumenschmuck** und **Begleitung** zur letzten Ruhestätte die letzte Ehre erwiesen, unseren herzlichsten und tiefgefühltesten Dank aus. Besonderen Dank der Firma **Metzler** und deren Personal, desgleichen **Herrn Pastor Zillinger** für die tröstlichen Worte am Grabe, sowie allen **Freunden** und **Bekanntem.** Dresden, den 27. Juni 1908. **Otto Mathé nebst Tochter.**

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: **Robert Grösch, Dresden.** Verantwortlich für den Inseratenteil: **Reinhold Sichter, Dresden.** Druck und Verlag: **Raben & Ranz, Dresden.**

1. Beilage der Dresdner Volkszeitung.

Nr. 147.

Dresden, Montag den 29. Juni 1908.

19. Jahrgang.

Sächsische Angelegenheiten.

Doppelte Nachführung.

Nach dem Reichsverordnungsgebot bedürfen Aufzüge auf öffentlichen Straßen oder Plätzen der Genehmigung der Polizeibehörde. Die sächsische Regierung hat in ihrer bekannten internen Instruktion, Punkt 8 und 9, keinerlei Bestimmungen getroffen, welche außer bei Reibenzügen oder Schulkinder-Spaziergängen möglichst weitgehende Erleichterungen im Sinne des § 9 Abs. 2 darstellen. Im Gegenteil! Jeder Pfeifenklub und Turnverein oder jedes Sängerkwartett usw., die einen Frühspaziergang oder Ausflug unternehmen, dabei vielleicht mehrere Dutzenden berühren und etwas taktmäßig marschieren, werden als öffentliche genehmigungspflichtige Aufzüge behandelt werden, wie es schon jetzt der Fall war, wenn es sich um — Arbeiter handelte.

Es scheint aber als sollten nach wie vor für Angehörige der besitzlosen Klassen Ausnahmen geschaffen werden. Dafür spricht wenigstens folgende Mitteilung der Leipziger Volkszeitung: „Vergangenen Donnerstag nachts zogen wohl etwa ein halbes Dutzend Studenten von Cuetzsch kommend durch die innere Stadt und zwar in regelrechtem Zuge, teils im Gärtnermarkt, teils auch zu zweien und dreien. Die Spitze des Zuges bildete eine Kolonne, die in ihrer Mitte auf einem quersiehenden Schubkarren einen wahrscheinlich betrunkenen Kommilitonen hatte, in der Mitte des Zuges hatte man einen anderen auf eine von vier Mann getragene Bahre geladen, und die Mehrzahl der Studenten hatte auf ihren Stöcken Gaslaternen aufgesteckt. Voran schritt einer mit einer Laterne. Wahrscheinlich suchte er Menschen, die er unter seine Fahnen nicht fand. Was kann es ja nun völlig gleichgültig sein, auf welche Art die Herren Studenten dem Publikum beweisen, daß sie noch in den Kinderstufen stehen, und interessiert nur das Verhalten der Polizei. So ließ in der Peterstraße ein Polizeibeamter der Zug ruhig vor sich defilieren, wogegen wir natürlich nichts einzuwenden haben.“

„Wir sind nur neugierig“, bemerkt die Leipziger Volkszeitung, ob sich die Polizei genau so passiv verhalten würde, wenn Arbeiter in irgend einer Weise einen Zug bildend auf öffentlichen Straßen oder Plätzen sich ohne hohe polizeiliche Erlaubnis bewegen würden.“

Natürlich ist nicht anzunehmen, daß die Polizei einem Arbeiterzuge ebenso ruhig und untätig zusehen hätte. Da wären die Polizisten wohl ganz anders vorgegangen.

Zur Selbstverwaltung der Krankenkassen.

Vor kurzem wurde der Ortskrankenkasse in Limbach vom Stadtrat als Aufsichtsbehörde die Ausführung des Beschlusses der Generalversammlung, ein eigenes Heim zu errichten, unterzogen, obwohl über die Unzulänglichkeit des alten kein Zweifel bestehen konnte. Im Wiederbegründungsbefehl war jedem Verbandsmitglied eine Geldstrafe von 100 M. angedroht worden. In der geistigen Sitzung der Stadtvorordneten interpellierten unsere Genossen im Stadtvorordnetenkollegium den Stadtrat in dieser Angelegenheit.

Der Vorsitzende nahm Anstoß an der Form der Interpellation, sie war ihm zu hart, er bezeichnete sie als provokatorisch, weil die Fragen der Interpellation mit dem Sinne begreifen, wie kommt der Rat dazu? Der Stadtrat hätte eine Verantwortung der Interpellation abgelehnt. Dieser Vorfall offenbarte, daß er sich der Schwäche seiner Position bewußt war und erkannte hat, daß sein Verhalten nicht zu rechtfertigen ist. Es wurde jedoch in eine Besprechung eingetreten, die der Krankenkassenvorsitzende Ludwig eröffnete. Bürgermeister Dr. Kretschmar erklärte dann, ohne auf die Gründe einzugehen, daß nach der Ansicht des Rates die Verbandsangelegenheiten der Kompetenz des Stadtvorordnetenkollegiums nicht unterliegen; im übrigen lasse er sich die Form der Verfügung nicht vor-schreiben. Dem Vorstände siehe das Bescheiderecht bei der Kreisbauhauptausschuss zu, man habe davon Gebrauch gemacht und möge nun die Antwort abwarten. Genosse Semmler betonte dagegen, daß der Stadtrat nicht das Recht habe, die Ausführung des Beschlusses der Krankenkassen zu verbieten, die statutarischen Bestimmungen seien in keiner Weise verletzt. Die finanziellen Verhältnisse lägen übrigens auch wesentlich günstiger für die Kasse in Limbach, als in den Großstädten wie Chemnitz usw., wo man jüngst eigene Bauten aufgeführt habe, ohne daß die Ausführung unterzogen wäre. In Wirklichkeit lägen die Verhältnisse für die Ablehnung in der in Deutschland jetzt allgemein betriebenen Frage gegen die Ortskrankenkassen, man wolle das bisherige Selbstverwaltungsrecht auch nach den Arbeitern nehmen. Ein anderer Genosse, der das Verhalten des Stadtrates als partiell bezeichnete, zog sich eine Klage vom Stadtvorordnetenkollegium zu. Nach einstündiger Debatte, in der der Rat keine Vorbeeren erzielte, sang die Debatte aus, die natürlich einen direkten Erfolg nicht zeitigen konnte.

Abschließung von Vergleichen in Unfallsachen.

Viele Verletzte wissen noch nicht, daß ein Vergleich endgültig und deshalb kein Rekurs mehr zulässig. Das sollte auch vor kurzem ein Arbeiter erfahren, der vom Schiedsgericht für Arbeiterversicherung seine Rente erlangen mußte. Vor 5 Jahre wurde ihm von der Berufsgenossenschaft für die schweren Verletzungen seiner beiden Hände, durch zwei Unfälle, eine Rente von 10 und 15 Proz. gewährt. Da fand plötzlich ein Vertrauensarzt, daß eine „Besserung“ und auch eine „Gendöhnung“ an die Folgen dieser Unfälle eingetreten war und die Rente zu entziehen sei. Zum Glück für ihn fand der Verletzte einen Spezialarzt, welcher sich der Klage unterzog, ein Röntgenbild von der Verletzung der Finger beider Hände herzustellen und durch ein umfangreiches Gutachten zu beweisen, daß die letztere gemehrte Rente eigentlich noch zu niedrig gewesen sei. Durch diese Beweisführung entstanden dem Verletzten 33 M. Unkosten, die er von der Berufsgenossenschaft ebenfalls einforderte. Im Berufungsverfahren gelang es jedoch dem Vertreter der Berufsgenossenschaft, einen Vergleich auf 15 Proz. für beide Unfälle abzuschließen. Als jedoch der Vergleich abgeschlossen war, merkte der Verletzte erst, daß er über die ihm entstandenen Kosten rein gar nichts erzielt hatte. Auf seine dahingehende Forderung hin machte ihn der Vorsitzende des Schiedsgerichts darauf aufmerksam, daß der Vergleich jetzt endgültig abgeschlossen sei und meinte noch beruhigend: „Die entstandenen Kosten ersetzt Ihnen ja doch Ihre Gewerkschaft.“ — Einseitlich!

ist es, daß dafür die Gewerkschaften da sein sollen, die man doch sonst nicht — mag.

Die Organisation der sächsischen Gewerbeaufsicht

Am 1. Juli dieses Jahres einer einschneidenden Veränderung unterzogen. Zunächst wird, um den Gewerbeinspektionsbedarf Leipzig zu erfüllen, die demselben bisher zugewiesene Amtshauptmannschaft Borna von ihm abgetrennt und dem Gewerbeinspektionsbezirk Borna zugewiesen. Der letztere umfaßt nunmehr 3 Amtshauptmannschaften: Borna, Grimma und Borna, die eine sehr weit räumliche Ausdehnung besitzen. Das Bemerkenswerteste ist aber, daß die Zahl der Beamten der Inspektion Borna dieselbe bleibt, nämlich zwei (1). Das Ministerium ist zu dieser Veränderung gekommen, weil die Gewerbeinspektion Borna leichter die „Reinhalte“ war und die verhältnismäßig größte Zahl von Betrieben revidierte. Wie die beiden Beamten der Inspektion Borna, die bisher alle Hände voll zu tun hatten, nunmehr mit einem Drittel mehr Arbeit fertig werden sollen, ist noch ein Geheimnis. Eine weitere Veränderung ist, daß die Gewerbeinspektion Aue als solche aufgehoben wird. Ihr Sitz wird nach Auerbach i. V. verlegt. Sodann wird die Amtshauptmannschaft Schwarzenberg der Gewerbeinspektion Jena zugewiesen. Die Stadt und die Amtshauptmannschaft Jena bilden bisher einen Inspektionsbezirk. Durch die Aufhebung der Amtshauptmannschaft Schwarzenberg wird der Bezirk bedeutend erweitert. Eine Vermehrung der Zahl der Beamten der Inspektion Jena wird aber ebenfalls nicht vorgenommen. Neben diesen und noch anderen organisatorischen Veränderungen werden noch zahlreiche Personenverleihungen vorgenommen. So verläßt der Gewerbeinspektor von Jena seinen Posten und wird durch den Inspektor Röhrenberg von Borna ersetzt.

Man ist fast geneigt, diese Veränderungen als einen Erfolg der Großindustriellen anzusehen, die Ende März dieses Jahres in der Zweiten Kammer des sächsischen Landtages heftige Angriffe gegen die Tätigkeit der sächsischen Gewerbeinspektionen richteten. Bei der Gelegenheit wußten die Unternehmer auch, daß sie über organisatorische Veränderungen der Gewerbeaufsicht gehört würden. Ob das geschehen ist? Viel wichtiger wäre es natürlich, zunächst die Arbeiter zu hören. Für diese soll doch die Aufsicht geschaffen sein.

Erfolge der Jugendorganisation.

In Leipzig hat die noch junge Jugendorganisation sehr schöne Erfolge aufzuweisen. Sie zählt bereits über 1000 Mitglieder, damit hat sie die seit 50 Jahren bestehenden Evangelischen Junglingsvereine um 100 Mitglieder überholt. Es läßt, so schreibt die Leipz. Volksz., sich sogar zahlenmäßig nachweisen, daß die Evangelischen Junglingsvereine infolge der Errichtung der freien Jugendorganisationen erheblich zusammengesunken sind. Die Mitgliederbewegung der Junglings- und Männervereine des ganzen Leipziger Kreises wies noch Ende 1906 zusammen 1931 Mitglieder auf, Ende 1907 aber waren es noch 1769. Die 17 Junglingsvereine sind verloren, die Mitgliederzahl ging von 962 auf 365 herunter. Der Christliche Verein junger Männer, der Ende 1906 noch 573 Mitglieder zählte, sank am Ende vorigen Jahres nur noch auf 472. Die Mitgliederzahl ging also um 101 zurück.

Tiefe Zahlen reden deutlich, so deutlich, daß sich die pflichtigen Güter der christlichen Jugend, die freiwilligen Agenten des Klassenkampfes, unwirksam die Augen rieben und durch Aufstellung neuer Grundsätze neues Leben in die alten Überbleibsel zu hauchen versuchten. In diesem Zwecke haben die geistlichen Herren eine Kommission an den Tagelohn machen müssen, indem sie die Bildung der Jugend nicht mehr einseitig religiös betreiben, also durch abermächtige Trümmel die Mitgliederflucht nicht mehr begünstigen wollten.

Die Leipziger Volkszeitung kommt auf Grund dieser Ergebnisse zu dem Schluss, es sei nicht angebracht, an den Jugendorganisationen einschneidende Veränderungen vorzunehmen oder sie als selbständige Organisationen zu beseitigen, wenn solche ihnen vielmehr das Gehen richtig lernen.

Eine Vermehrung der Lotterielose

plant die sächsische Regierung für die staatliche Landeslotterie, und zwar soll eine Erhöhung um 10 Prozent, also von 100 000 auf 110 000 Stück eintreten. Bei der Veränderung des Lotterieloses soll überdies namentlich auf eine Vermehrung der mittleren Gewinne (1000 M. usw.) Bedacht genommen werden.

Die Maßnahme soll deshalb geplant sein, weil nach dem Aufheben der Braunschweigische Lotterie außer der Hamburger und der Preussische Lotterie keine Staatslotterie mehr bestehe und daher die Nachfrage nach sächsischen Losen weit stärker geworden sei. Diese Behauptung hat wenig Wahrscheinlichkeit für sich, denn bisher herrschte noch immer ein Ueberschuß an sächsischen Lotterielosen.

M. Chemnitz. Sechs Opfer der Unwahrhaftigkeit fanden vor den Chemnitzer Geschworenen, von denen ein Angeklagter freigesprochen, die anderen fünf aber zu insgesamt 6 Jahren 2 Monaten 30 Tagen, 6 Monaten 6 Wochen Gefängnis und den üblichen Nebenstrafen verurteilt wurden. Die leichtfertigste Weineide geleistet werden, zeigte besonders eine Verhandlung, in der sich drei Angeklagte zu verantworten hatten, die bisher sämtlich unbeiholden waren. Der Maurer Sänzel und dessen 16jähriger Sohn und der Eisenbahner Anke lagen über ein Materialwarenhändler Träger auf, der wegen Unterschlagung eine Strafverurteilung erhalten hatte. Um diesen Mann vor dieser Gestalt zu bewahren, behaupteten sich diese drei und ein vierter, der geschwornen geworden ist, vor Gericht der Wahrheit zu wider auszusagen, daß weder sie noch andere Leute in dem Laden Sänzels und Bier getrunken hätten. Er selbst ermunterte sie dazu, indem er ihnen ein Maß Bier in Aussicht stellte für den Fall, daß er freigesprochen werde. (1) Da jagte der alte Sänzel zu seinem Sohne, er solle sich ja nicht verplappen! Nun wurden sie als Weineide zu 2 Jahren 3 Monaten und 5 Jahren Ehrenrechtsverlust verurteilt, außer dem jungen Sänzel, der seiner Jugend wegen mit 6 Monaten Gefängnis weglam.

Oberwiesenthal. Wie mitgeteilt wird, hat die Konferenz wegen des Radiumwässers auf dem Bergamt zu Freiberg befehlende Resultate erzielt und die Annahme mehrerer von der hiesigen Gemeinde aus an zuständiger Stelle gestellter Anträge als zweifellos erachtet lassen. Der Konferenz wohnten u. a. die Herren Oberbergdirektor Krug und Oberbergtrat Woppler und Bürgermeister Pöhl bei.

Diese Mitteilung läßt den Schluss zu, daß nunmehr alles daran gesetzt werden soll, zu versuchen, die Radiumwässer bei Oberwiesenthal zu erschließen, um sie Heilzwecken zugänglich zu machen.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Der achtjährige Sohn eines Bergarbeiters in Niederhohlaun spielte im Keller Holz auf einen Ofen zusammen. Aus Versehen hielt er die Hand auf das Rad und st. schlag in diesem Augenblicke auch gerade zu, so daß er 7. alle fünf Finger wegbadete. — Bloßlich irrünftig wurde in Naiba die aus Streichholz zu Besuch stehende Witwe Christof. In diesem Zustande verlor sie ihre Kinder zu erwarren. Die Angehörige wurde in eine Armenanstalt gebracht. — Wegen schlechten Bergbaus gegen die Verhältnisse der Bundespolizei wurde am Dienstag der Gutbesitzer W. vom Schöffengericht zu Ebersbach zu 3 Wochen Gefängnis verurteilt. Er war wiederholt verurteilt worden, trotzdem hatte er sich nicht an die Verordnungen gehalten. — Die neue Eisenbahnstrecke von Düren nach Köln ist am 1. Juli in Betrieb genommen worden. An ihr liegen die Stationen Vorfeld bei Volkmers, Wüschendorf bei Volkmers, Gleditz, Schönlitz, Gleditz, Schönlitz bei Dresden und Wüschendorf bei Wüschendorf. Mit Ausnahme des Personen-Straßenverkehrs Gleditz dienen alle Stationen dem Personen- und Güterverkehr. Die Betriebsstellen sind im öffentlichen Verkehr bereits vorgelegen. — In der Gartenstraße Wüschendorf ist zu verkaufen ein 1/2 A. großes Grundstück, das zum Bau eines Hauses geeignet ist. Die Verkaufspreise sind im öffentlichen Verkehr bereits vorgelegen. — In der Gartenstraße Wüschendorf ist zu verkaufen ein 1/2 A. großes Grundstück, das zum Bau eines Hauses geeignet ist. Die Verkaufspreise sind im öffentlichen Verkehr bereits vorgelegen. — In der Gartenstraße Wüschendorf ist zu verkaufen ein 1/2 A. großes Grundstück, das zum Bau eines Hauses geeignet ist. Die Verkaufspreise sind im öffentlichen Verkehr bereits vorgelegen.

Stadt-Chronik.

Die Orts-Krankenkassen.

Die Gemeinde-Krankenkassenversicherung tritt nach § 1 des V. G. für die versicherungspflichtigen Personen nur dann ein, wenn diese nicht einer der dort bezeichneten, sogenannten „organisierten“ Krankenkassen angehören und sich auch nicht durch Selbstversicherung bei einer Hilfskasse nach § 75 des V. G. vom Massenwange überhaupt befreien. Unter den organisierten Krankenkassen haben an erster Stelle die Orts-Krankenkassen. Sie sind juristische Personen, die unter ihrem Namen Rechte erwerben, Verbindlichkeiten eingehen, Klagen und verklagt werden können. Sie werden unter gewissen Voraussetzungen von den Gemeinden für die in ihrem Bezirk beschäftigten versicherungspflichtigen Personen errichtet. Die Gemeinden entlasten sich dadurch von der ihnen selbst obliegenden Gemeinde-Krankenkassenversicherung. Die Kassen können auch gemeinsam für mehrere Gemeinden oder auch von einem weiteren kommunalverband für den ganzen Bezirk oder für Teile desselben errichtet werden.

Der Regel nach sollen Orts-Krankenkassen nur für die in „einem“ Gewerbezweige oder in „einer“ Betriebsart beschäftigten Personen errichtet werden. Zugleich aber ist diese Vorschrift nicht, und unter gewissen Voraussetzungen ist die Errichtung gemeinsamer Orts-Krankenkassen für mehrere Gewerbezweige oder Betriebsarten ausdrücklich zugelassen. Danach kann eine Orts-Krankenkasse sogar alle in ihrem Bezirk beschäftigten versicherungspflichtigen Personen in sich aufnehmen (sogenannte „allgemeine“ Orts-Krankenkassen). Die möglichste Zusammenfassung empfiehlt sich überall da, wo eine Befreiung der Masse auf einzelne Gewerbezweige oder Betriebsarten die Vermögensfähigkeit der Kasse in Frage stellen oder in unerwünschten Maße vermindern würde. Die Zusammenfassung bietet auch den Vorteil, die häufigen und für alle Beteiligten empfindlichen Streitigkeiten darüber, ob gewisse Klassen versicherungspflichtiger Personen der einen oder anderen Orts-Krankenkasse angehören, zu vermindern. Dem Bedenken, daß die Vereinigung von Gewerbezweigen und Betriebsarten mit erheblicher Verschiedenheit der Ertragsverhältnisse Unbilligkeiten gegen einen Teil der Versicherten und ihre Arbeitgeber in sich schließen könnte, trägt das Gesetz durch die Bestimmung Rechnung, daß in solchen Fällen die Höhe der Beiträge für die einzelnen Gewerbezweige und Betriebsarten verhältnismäßig bemessen werden darf.

Das Kassenstatut hat die Gewerbezweige und Betriebsarten, für die die Kasse bestimmt ist, zu bezeichnen. Die in diesen Gewerbezweigen und Betriebsarten beschäftigten versicherungspflichtigen Personen werden kraft Gesetzes sofort Mitglieder der Kasse, falls sie nicht vermöge ihrer Beschäftigung einer Betriebs- oder Bau- oder Zünfts- oder Anstalts-Krankenkasse angehören oder sich durch Selbstversicherung bei einer Hilfskasse nach § 75 vom Massenwange befreien. Wenn ein Betrieb zu einem der Gewerbezweige oder zu einer der Betriebsarten gehört, für die die Kasse errichtet ist, so ist nicht etwa nur eine unmittelbare auf die Herstellung der Betriebsverhältnisse gerichtet, sondern jede dem Betriebe dienende Tätigkeit als eine Beschäftigung in dem betreffenden Gewerbezweige oder der betreffenden Betriebsart anzusehen und folgerweise zur Begründung der Pflichtmitgliedschaft hinreichend; daher werden z. B. auch die nur mit der Reinigung der Betriebsräume oder der Betriebs-Geräte und Werkzeuge beschäftigten Personen Mitglieder der Kasse. Dem kann auch nicht etwa durch die Fassung des Statuts entgegengetreten werden. Es ist nicht zulässig, den Kreis der Versicherten nach anderen Gesichtspunkten, als nach der Beschäftigung in den betreffenden Gewerbezweigen oder Betriebsarten überhaupt, abzugrenzen, insbesondere also einen Teil der darin beschäftigten Personen von der Kassenmitgliedschaft auszuschließen. So ist z. B. die Errichtung einer Orts-Krankenkasse nur „für Handlungsdienste und Lehrlinge“ (statt „für das „Handlungs-Gewerbe“, also mit Einschluß der Handlungsdiener, Laufburgen, Buchhalter usw.) für unzulässig erachtet worden (Entscheidung des Königl. preuss. Oberverwaltungsgerichts vom 4. Februar 1897, Ver. 31, S. 327). Ebenso unstatthaft

wäre die Errichtung von Ställen nur für männliche oder nur für erwachsene Arbeiter oder nur für solche Personen, die in den Betriebshäusern der Unternehmer beschäftigt sind, oder auch nur die Ausschließung solcher Personen, die an wechselnden Orten außerhalb der Betriebshäuser beschäftigt sind.

Die in den betreffenden Gewerbezweigen oder Betriebsarten beschäftigten nicht versicherungspflichtigen Personen, deren jährliches Gesamteinkommen 2000 M. nicht übersteigt, haben das Recht, der Klasse beizutreten. Hierher gehören z. B. Lehrlinge, die keinen Lohn beziehen, ferner Personen, die nach § 3, 3a, 3b von der Versicherungspflicht ausgenommen oder befreit sind. Personen, die nicht in den zur Klasse gehörenden Gewerbezweigen oder Betriebsarten beschäftigt sind, haben kein gesetzliches Beitrittsrecht; so insbesondere nicht die ausschließlich im Haushalte der Unternehmer tätigen Dienstboten; diesen steht ein Beitrittsrecht nur bei der Gemeinde-Krankenversicherung zu. Durch das Statut der Orts-Krankenkasse kann aber bestimmt werden, daß andere als die in den §§ 1 bis 3 genannten Personen als Mitglieder „ausgenommen“ werden. (Monatsbl. f. Arb.-Verf.)

Vom Bau der Augustbrücke.

In letzter Zeit sind die Arbeiten an der neuen Brücke wieder bedeutend fortgeschritten. Die Gewölbe-Betonierung des dritten Bogens ist vollendet worden und der dritte Pfeiler wächst immer mehr aus dem Boden heraus. Auf dem für den vierten Pfeiler bestimmten Blöcke schreitet die Montage des Caissons immer weiter vorwärts. Dieser Caisson ist eine große eiserne Kammer und dient bei der Pfeilergründung als Arbeitshöhle unter Wasser. Bei der Fundamentlegung des vierten Pfeilers macht sich nämlich zum ersten Male ein Arbeiten unter Wasser notwendig. Das Arbeiten in diesen Caissons ist äußerst beschwerlich und gefährlich. Nur kräftige und gesunde Leute können in den Caissons arbeiten. Eine besondere Art von Krankheit, die Caissonkrankheit, ist durch das Arbeiten in diesen Eisenkammern entstanden. Diese Krankheit zeigt sich in einer durch den hohen Luftdruck hervorgerufenen Reihe von krankhaften Erscheinungen wie: Ohren- und Kopfschmerzen, Nasenbluten, Gliedererschweren, Schlaganfällen und Wärmungen. Die größte Gefahr besteht in einem zu schnellen Uebergang aus dem in den Caissons herrschenden hohen Luftdruck in normale Temperatur. — Die Abbrucharbeiten an der alten Brücke ruhen vorläufig.

Ortskrankenkasse Dresden.

Mitteilung über die Geschäftsbewegung im Monat Mai 1908. Der Mitgliederbestand begreift sich Ende des Monats auf 107 646, und zwar 82 523 männliche und 45 123 weibliche Versicherte. Anmeldungen erfolgten 16 313 — unter denen sich 2140 lediglich für die Invalidenversicherung befanden —, dagegen Abmeldungen 14 255 — darunter 2055 lediglich für die Invalidenversicherung —, so daß durchschnittlich 1223 Meldungen pro Arbeitstag zu erledigen waren. Schriftliche Eingänge sind 2616 zu verzeichnen gewesen und waren hiernach täglich 106 zu bearbeiten. Gezahl wurden: a) Krankengeld an Mitglieder für 53 743 Tage = 82 039,25 M.; b) Familienunterstützung (für in Heilanstalten untergebrachte Mitglieder) für 4200 Tage = 4331,80 M.; c) Wöchnerinnenunterstützung für 8242 Tage = 8724,50 M. und d) Sterbegelder für 40 männliche Mitglieder 3132,20 M., 24 weibliche Mitglieder 831,70 M., 14 Ehefrauen von Mitgliedern 600,— M., 30 Söhne von Mitgliedern 366,25 M., 17 Töchter von Mitgliedern 176,65 M., in Summa 5106,80 M. In den Gemeindefamilien der Kasse fanden 136 Pflegekinder in der Dauer bis zu 3 Wochen Aufnahme, während 134 Mitglieder nach Zusammen 4211 Verpflegten die Anstalt verlassen. Von diesen Gemeindefamilien sind vollständig erwerbsfähig 91 und gedeckelt 43 entlassen worden. Die Zahl der beurlaubten Arbeitgeber betrug am Monatschluß 24 444, und zwar 12 579 für die Kranken- und Invalidenversicherung und 11 865 lediglich für die Invalidenversicherung. Die Erhebung der Beiträge erforderte 24 444 Abschreibungen; dieselben sind den Arbeitgebern von 12 Sammlern behändigt worden, an welche in 18 927 Fällen sofort Zahlung erfolgte; 3454 Arbeitgeber haben die Beiträge an den Zahlstellen der Kasse berichtigt und 2063 Rückständige sind zu erinnern gewesen, bei denen in 750 Fällen das Beitrittungsverfahren eingeleitet werden mußte. An Beiträgen für die Krankenversicherung sind 292 059,60 M. und für die Invalidenversicherung 141 716,53 M. zu vereinnahmen, sowie für 140 240,— M. Beitragsmaximen anzulassen gewesen. Die Zahl der versicherungspflichtigen Personen für die letztere Versicherung betrug 119 346, und zwar 64 103 männliche und 55 243 weibliche. In 158 Fällen waren Mitglieder wegen Jurisdiktion gegen die Vorschriften für erwerbsfähige Kranke mit Ordnungstrafen zu belegen und 5 Arbeitgeber wurden wegen Nichtablieferung von Beiträgen auf Grund § 53 verbunden mit § 82 und 82 b des Kranken- und § 142 verbunden mit § 181/182 des Invalidenvers.-Gesetzes zu Geld- bez. Gefängnisstrafen verurteilt.

Großfeuer.

Gestern vormittag ist ein großer Teil der auf Vöschwitzer Flur in der Nähe des Waldschloßes liegenden Fabrik der Aktiengesellschaft für Kartonnagen-Industrie niedergebrannt. Gegen 6 1/2 Uhr wurde das Feuer vom Fabrikentor aus telephonisch der Feuerwehr in der Luisenstraße gemeldet. Diese rühte, da es sich um einen Brand außerhalb des Stadtgebietes handelte, mit der Landspitze aus. Inzwischen war auch der Feuermelder in der Karasstraße betätigt worden, weshalb ein voller Vöschzug nachfuhr. Als die Fahrzeuge am Brandplatz ankamen, schlugen die hellen Flammen aus den Fenstern. Der leitende Offizier beorderte sofort einen Dampfspritzenzug und auch weitere Verstärkung von der Hauptwache nach. Das Feuer ist im zweiten Obergeschos in der Schleiferei und Tischlerei auf unermittelte Weise ausgebrochen. Die Dresdner Wehr griff mit drei Schlauchleitungen vom Hydranten und einer Dampfspritzenschlauchleitung ein, während die inzwischen eingetroffenen freiwilligen Wehren von Vöschwitz, Weißer Hirsch, Bühlau, Blasewitz und Wachwitz weitere Schlauchleitungen in Funktion setzten. Die Wassermengen sind bis zum Erdgeschos durchgedrungen. Von dem nach der Elbe gelegenen Flügel sind das Dach und die dort gelagerten Scheiben vernichtet. Nur dem mächtigen Straß der Dampfspritzenschlauchleitung ist es zu verdanken, daß in diesem Flügel das Feuer durch den Fahrstuhlschacht nicht nach den darunter befindlichen Arbeitsälen drang. Die Dresdner Wehr beteiligte sich an den Aufräumungsarbeiten bis gegen 12 Uhr. — Die Fabrikleitung glaubt, das gesamte Personal weiter beschäftigen zu können, da der Betrieb soweit als möglich aufrechterhalten bleiben soll. Ein Teil des Personals wird zunächst zu Aufräumungsarbeiten verwendet werden. Als Ursache des Feuers wird Kurzschluß der elektrischen Leitung bezehmet. Am Sonnabend ist in der Fabrik länger als sonst gearbeitet worden, weil die Fabrikleitung jetzt gerade Inventur hält, die gestern fortgesetzt werden sollte. Das Feuer ist ausgebrochen, nachdem der Fabrikwächter von seinem Posten abgetreten war; dadurch kam es, daß der Brand erst gemeldet wurde, nachdem er schon weit um sich gegriffen hatte. Große Schwierigkeiten boten die Wasserverhältnisse auf der hochgelegenen Brandstätte. Eine der Dresdner Dampfspritzern mußte von dem äußeren Ende der Nabeberger Straße das Wasser nach dem Brandplatz drücken. Außer einem Dresdner Feuerwehrmann, der ohnmächtig geworden ist, ist niemand zu Schaden gekommen. Der gesamte Schaden ist durch Versicherung gedeckt.

Von der städtischen Feuerwehr.

Eine Zeitlang war Ruhe in den Mannschaftenskreisen. Es schien, als ob die sozialdemokratischen Kritiken in unserm Blatt und im Stadtparlament wenigstens eine gewisse Besserung gebracht hätten, die ja auch vom Oberbürgermeister selbst versprochen wurde. Jetzt ist jedoch abermals aus Mannschaftenskreisen ein Schreiben an einen sozialdemokratischen Stadtdirektor gelangt mit der ausdrücklichen Bitte um Veröffentlichung, aus dem zu ersehen ist, daß der alte Zustand wieder einzutreten droht. Wir geben das Wesentliche aus diesem Schreiben in folgendem wieder:

„Sehr geehrter Herr Stadtdirektor! Unterzeichneter hat wieder einige Mitteilungen zu machen, die am besten in Ihrer werten Zeitung veröffentlicht werden möchten. . . . So kann es auf keinen Fall mehr weichen gehen. Wie lange wird es dauern, dann erprobt es und genau wieder so wie erst. Hat sich doch jetzt der Brandmeister Wagner erlaubt, einem Feuerwehrmann gegenüber eine Strafe zu verhängen, wozu er gar kein Recht besitzt. Der Feuerwehrmann Kirchbach hatte zum Wandover seine Signalfeste vergessen. Darauf befiel ihm der Brandmeister Wagner, 25 mal abzuschreiben, daß er seine Signalfeste nicht vergessen soll. Diese Abschrift soll er dann noch dem Brandmeister Wagner am dienstfreien Tage auf die Hauptwache bringen. (1) Auch hat sich Wagner schon mehrere andere Uebergriffe erlaubt. So hat er z. B. die Mannschaften nach dem Wandover, wo sie erübt sind und geschwigt haben, auf dem Hofe antreten und dann die Helme abnehmen lassen. Dann hat er nachgesehen, ob die Mannschaften die Namen in die Helme eingeklebt haben und lauter solche Sachen, nur um die Mannschaften zu verärgern. Also die Mannschaften werden auf der Hauptwache wieder behandelt wie die Rekruten. Auf der Hauptwache denkt man, es anzubringen, weil dort meistens jüngere Leute sind, die nicht viel sagen können, weil sie noch nicht lange im Dienste sind.

Auch hat vor einigen Tagen eine Schlägerei zwischen den zwei Oberfeuerwehrmännern Schlegel und Klotz stattgefunden. (2) Auf Wache II ist zwischen den Oberfeuerwehrmännern Mahner und Bruchke ebenfalls eine Prügelei vorgekommen, aber diese ist sozusagen verjagt worden. . . . Wo soll das hinführen! Solche Vorgehensweisen dürfen nicht im Dienste gelitten werden. Der Oberfeuerwehrmann Bruchke ist überhaupt als sehr groß bekannt. Er ist nicht bestraft, sondern eher noch belohnt worden, indem er zum Materialverwalter ernannt wurde. Diese Sachen möchten doch an den Tag gebracht werden, damit der Herr Oberbürgermeister Beutler endlich einmal etwas erfährt. Herr Stadtrat Brutmann kann ja dann wieder hintreten und sagen, es sind „höfliche Entstellungen“. Auch werden auf der Hauptwache viel Klagen geführt gegen die Oberfeuerwehrmänner Greiser, Schubert II, Wolf II, Reiß und Leichmann. Wegen Reiß und Leichmann sind jetzt wieder Leute bestraft worden, sie wissen nicht, wie sie dazu kommen. Auch über den Bischofswinkel Naumann hört man schon wieder Klagen. Der Oberfeuerwehrmann Naumann bestimmt sich wie die schon Genannten. . . . Beim Feuer auf der Brandstelle halten es die Oberfeuerwehrlente nicht für notwendig, einen Handgriff mitzumachen. . . . Ganz sonderbar ist es mit dem Automobil-Tender, den die Firma Busch-Baughen geliefert hat. Dieses Fahrzeug ist nun schon seit vorigen Herbst zur Probe im Dienst, kostet viel Geld und geht nicht, ist einfach nicht zu gebrauchen. Und was kostet dieses Fahrzeug für Unterhaltungskosten! Nach jedem Ausrüden liegt es längere Zeit in Reparatur. . . . Nun noch die Offizierskuchen. Es gibt deren 6, die jährlich einen Gehalt von 9000 M. beziehen und überhaupt keinen Dienst mitmachen. Den Dienst, der ihnen zukommt, müssen die übrigen Mannschaften mit versehen. Es ist sogar dazugekommen, daß Vuger den Hofpostendienst nicht zu tun braucht. Das ist doch eine Ungerechtigkeits sonderbar.

Nach diesen Angaben scheinen allerdings nach wie vor mehr als sonderbare Verhältnisse besonders auf der Hauptwache der städtischen Feuerwehr zu herrschen.

Straßenbahnverkehr.

Auf der Straßenbahnlinie Nr. 14, Neumarkt—Bruna—Seidnitz, tritt insofern eine Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in Kraft, als vom 1. Juli ab an den Wochentagen vormittags etwa von 7 bis 10 Uhr und von mittags 12 bis abends 8 Uhr der 7 1/2-Minuten-Betrieb bis Vorstadt Bruna und der 15-Minuten-Betrieb auf dem Streckenteil nach Vorstadt Seidnitz eingerichtet wird.

Kreisauskunft.

Die letzte Kreisauskunft beschäftigte sich zunächst mit mehreren Gesuchen um Erweiterung der Erlaubnis zur Abhaltung öffentlicher Tanzmusik: der Gasthofbesitzer Bornmann in Zschiede bittet für die Sommermonate April bis Oktober um allsonntäglichen Tanz und der Gasthofbesitzer Jrenz in Auhena u für den dritten Sonntag in denselben Monaten. Die einschlägigen Instanzen, Bezirksauskunft und Gastwirtsauskunft, haben sich bezüglich der Verwirklichung beider Gesuche ausgesprochen, es erhalten beide Nachsuchenden für die Sommermonate den dritten Sonntag genehmigung. — Die Gasthofbesitzer Grellmann in Langenrinn bei Freiberg sowie Hänig in Zug bei Freiberg und Lorenz in Grob-Bischofswitz bitten für die Sommermonate um allsonntäglichen Tanz. Das Tanzverbot wird hier in Abrede gestellt und infolgedessen werden die Gesuchsteller abgewiesen. Der Gasthofbesitzer Rippenbach in Coschütz, der für die Sommermonate allsonntäglichen öffentlichen Tanz hat, bittet, diese Erlaubnis auch für die Wintermonate auszugeben. Mangels Bedürfnisses wird Petent abgewiesen. — Der Gastwirt und Kaufmann Lorenz hat in seiner Gaststube seit 1904 einen Kraftmesserautomaten stehen. Jetzt sind ihm von der Polizeidirektion auf drei Jahre 75 M. Polizeigebühren und Armenabgaben abgefordert worden. Dagegen erhebt er Refus. Nach Ansicht des Referenten fällt diese Art Automaten unter die Unschärftsteuer. Der Kreisamptmann hält die Definition für zweifelhaft, auch erachtet ihm die geforderte Summe sehr hoch, aber gegen die Höhe derselben ist Einspruch nicht erhoben worden. Der Refus wird verworfen. — Etwas seltsam muß das Anerbieten des Bezirksförstereisenferneinsters im dritten Bezirke der Amtshauptmannschaft Dresden-N. (Deuben und umliegende Ortschaften) an. Im Hinblick auf die Treue seines Gesellen beantragt er die Teilung des Bezirkes in zwei Teile und Uebergabe der einen Hälfte an den genannten Gesellen. Alle in Frage kommenden Faktoren sind in diese Sache gehört worden, mit der Teilung und auch mit der Person des neuen Bezirksförstereisenferneinsters einverstanden. Das Einkommen nach den alten Gebühren beträgt für jeden der neuen Bezirke noch circa 3880 M. jährlich, was nach der neuen Lage noch höher wird. Der Kreisauskunft stimmt zu. — Mehrere Schauspielkonzeptionen und Refus in Gemeindefeuerkasden wurden in die nicht-öffentliche Sitzung verwiesen.

Gewerbegericht.

Im Verdachte, ihm Geld gestohlen zu haben, stand der Schuhmachergeselle Hübner bei dem Schuhmachereister Sauber. Da der Verdacht keine Bestätigung fand, wurde der Geselle wieder von der Polizei entlassen und er kehrte an seine alte Arbeitsstelle zurück. Obwohl nun der Schuhmachereister mit dieser Tatsache rechnen mußte, hatte er bereits einen anderen Gesellen eingestellt. S. verlangte Weiterbeschäftigung, da er 14tägige Kündigung hatte. Der Meister weigerte sich, ihn zu beschäftigen und S. verlangt deshalb 30 M. Lohnentschädigung, ist aber im Falle eines Vergleiches nicht abgeneigt, mit weniger füglich zu nehmen. Da S. keinen Pfennig zahlen will, wird er zur Zahlung der ganzen Summe verurteilt. Immer derselbe Fehler wird von den Arbeitern gemacht, wenn sie rechtswidrig entlassen werden. Sie bringen nicht klar zum Ausdruck, daß sie Weiterbeschäftigung verlangen. Dadurch begehen sie sich ihres Anspruchs an den Unternehmer, wie beispielsweise die Maschinenwärterin Harp, die ohne vorherige Kündigung von dem Inhaber einer Schafffabrik Müllisch entlassen wurde. Der Fabrikant gibt das zu und rüht sich lediglich auf den Umstand, daß die Arbeiterin gegen diese ungerichtete Entlassung nicht protestierte. Die Arbeiterin wäre mit ihrer Forderung abgewiesen worden, wenn der Beklagte nicht vergleichsweise 6 M. gezahlt hätte.

Am 5. Juni sollte der Bauer Hänel bei dem Selbsthändeln mit. Darauf wurde er entlassen. Er verlangt 92,70 M. Lohnentschädigung, dem es beinahe die gesetzliche Mindestsumme. Der Beklagte behauptet, er hätte dem Kläger Weiterarbeit von 2 Juni an angeboten, der Kläger sei aber nicht erschienen. Zwischen beiden Parteien ist der Eid entfallen; dem dem der Beklagte, nicht aber der Kläger zustimmt. Da ihm der Eid Summe haben. Nach alledem erachtet es dem Bericht bedenklich, den Eid leisten zu lassen, und es legt durch Urteil dem Beklagten (Gewissen tun zu können), so erhält der Kläger seinen Pfennig. Eidesleistung wird ein neuer Termin angelegt. Zur Zeit er noch kein Arbeitsbuch hatte, wurde der minderjährige „Witwe“ Ehardt von der Firma Steinhaus nach fünfjähriger Beschäftigung entlassen. Er verlangt Lohnentschädigung, weil die Firma ihn zu entlassen, weil die Beklagte nicht nur das sie einen Minderjährigen ohne Arbeitsbuch entlassen hat, was Gemeinderichter Dr. Hänschke, Unternehmerbesitzer: Emdenwitzer, Seidel und Blumenfabrikant Sohn, Arbeiterbesitzer: Schilfmeier Mey und Schuhmacher Prof.)

Vermischte Nachrichten. Die beiden vermischten Nachrichten spurlos Wegbleiben von Schule und Haus wie er zu sein, sind am Freitag nach sechsstägiger Abwesenheit den Eltern wieder zugeführt worden. — Eine Taube mit 1000 Strafenbühnen Schein ist dem Strafenbühnenführer 1212 am Donnerstag abhandeln gekommen. Vermutlich ist sie irrtümlich von einem Jagst oder einer anderen Person weggenommen worden. Da der Schaffner für die verlorenen Jagstheime Ersatz leisten möchte, wird er, den Fund bei der Direktion der Strafenbahn, Georgplatz 3, dem im Depot an der Friedrichstraße abzuliefern. — Am Donnerstag nachmittag wurde der auf der Hochstraße wohnhafte Kaufherr auf der Hofstraße vom Hippisch betroffen. Er wurde auf Anordnung eines herbeigerufenen Arztes in ein Haus gebracht, worauf sich, nachdem der Polizeibehörde Kenntnis gegeben war, seine Lebensführung in ein Krankenhaus notwendig machte.

Berichtigung. In der Sonnabendnummer ist in der Notiz über das Konbild-Theater ein böser Druckfehler stehen geblieben. Auf der sechsten Zeile muß es statt leider beides heißen.

Aus der Umgebung.

Leisnisch. Am Sonnabend wurde nahe der Nordgrundbruch ein unbekannter Mann erschossen aufgefunden. Er hielt den Revolver noch in der Hand. Der Unbekannte, der in den mittleren Lebensjahren steht, trug graugetriebenen Jacketanzug und hatte rötlich-blondes, kurzgeschmittenes Haar.

Deuben. Am Sonnabend nachmittag beugte sich der Handmann Reinhold Zimmermann von hier zu weit aus dem Anhangswagen der elektrischen Straßenbahn der Linie Polzplatz—Lötzen heraus. In dem Augenblick kam von der anderen Seite ein elektrischer Straßenbahnwagen und fügte ihm eine erhebliche Kopfverletzung zu. Der Verunglückte wurde nach dem Friedrichstädter Krankenhaus übergeführt.

Deuben. In der letzten Gemeindeversammlung kam unter anderem auch der neue Homentar in Frage, den die Dresdner Straßenbahnverwaltung einführen will. Man beschloß, eine abwartende Stellung solange einzunehmen, bis der demnächst zumvorkommende Gemeinderat der beiden Amtshauptmannschaften Dresden-Mittstadt und Neustadt über die weiteren Schritte Entscheidung gefaßt hat. — Als letzter Punkt stand die Wiederwahl des Gemeindevorstandes Dietrich auf der Tagesordnung. Er wurde auf Vorschlag des Reichs-, Verwaltungs-, sowie Finanzausschusses auf Lebenszeit gewählt. Dagegen stimmten ein bürgerlicher und die drei unantastlichen Gemeindevorsteher.

Hähnchen. Auf dem Wege von hier nach Höfendorf kürzte Herr Lehrer Martin mit seinem Wagen und erhielt läbliche Verletzungen.

Neues aus aller Welt.

Woham, 28. Juni. Am Sonnabend nachmittag verunglückten auf der Jochs Präsident sieben Bergleute, davon drei tödlich. Reg, 28. Juni. Das Schwurgericht verurteilte den Kaserne Hippiert aus Gamsch bei Dierdenhofen in Lothringen wegen Raubmordes, beugang am 26. Juli vorigen Jahres in Kontich an der 70jährigen Witwe Drapler, zum Tode.

München, 28. Juni. Heute früh ereignete sich auf dem Oberwiesenfeld ein Drama. Die 37jährige Kaiserin Anna Almer und der 40jährige Plakmeister Spitzer wurden mit lebensgefährlichen Schuhtwunden aufgefunden. Im Krankenhaus verweilten beide jede Auskunft. Der Täter scheint ein Valgare zu sein, der früher der Diebhaber der Almer gewesen ist. Der Täter ist flüchtig.

Bern, 28. Juni. Am Viger ist gestern nachmittag ein Bergsteiger aus Luzern durch Steinerschlag heruntergeschleudert worden und hat lebensgefährliche Verletzungen davongetragen.

Bats (Ungarn), 27. Juni. In der Ortschaft Radocsa sind 200 Häuser abgebrannt, darunter das Gemeindefhaus und die Schule. Eine Frau fand den Erstickungstod.

Ostende, 28. Juni. Die Gerichtsbehörde von Brügge hat gestern Abend im Spielklub des Olander Kurhauses eine unerwartete Untersuchung vorgenommen. Alle Ausgänge des Kurhauses waren durch Polizei bewacht. Nachdem alle anwesenden Spieler und Zuschauer ausgefragt waren, wurde das gesamte Mobiliar und die Spielclubs des Mitgliedern des Gerichts mit Beschlag belegt. Gleichzeitig ist auch in Spa, wo die Spielbank ebenfalls unter Leitung des Olander Spielmeisters Marquet wieder eröffnet worden war, eine Hausdurchsuchung vorgenommen worden.

Milano, 28. Juni. Die große Baumwollfabrik von Magioni in Torre Pellice am Mont Cenis, die 500 Arbeiter beschäftigte, ist völlig abgebrannt. Der Schaden beträgt über eine Million Lire.

Petersburg, 28. Juni. Eine Reihe von Wellenbrüchen ist über Südwest- und Zentralrussland niedergegangen. Die Eisenbahnen sind beschädigt, namentlich die Südrusslandbahnen. Zwischen Tula und Orel ist der Bahndamm halb zerstört. Drei große Bahnbrücken sind vernichtet. Nach Angaben des Reichsministers werden die Reparaturen mehrere Wochen beanspruchen. Besonders schwer hat die Donauzuglinie der Südrusslandbahnen gelitten. Aus dem Südrussland fehlen nähere Angaben, doch sind auch dort an etwa zehn verschiedenen Stellen die Wehrdämme unterpült. Viele in Petersburg fällige Kurierzüge aus dem Süden erlitten durch Platyrogen 24 Stunden Verspätung.

Neuporf, 27. Juni. Bei einem Zusammenstoß vorer Jahre auf der Hochbahn bei der dritten Avenue wurde ein Teil eines Wagens zerstört, der aber nicht auf die Straße hinabfiel, sondern in den Schienen hängen blieb. Zwölf Personen wurden verletzt.

Clinton (Minnesota), 28. Juni. Durch einen Tornad, der einen großen Teil der Stadt zerstörte, wurden gestern Abend 7 Personen getötet und 20 verletzt.

Briefkasten.

B. D. Wir können natürlich nicht alles aufnehmen, was man uns einreicht. Was abgedruckt wird, darüber entscheidet die Redaktion. Zur Rücksendung unerlangter eingelangter Manuskripte besteht für uns keine Verpflichtung.

A. L. Radix. Nichten Sie das Gesicht an dem Städtischen Schulamt, Breite Straße 70. Die Einkommens- und Familienverhältnisse müssen natürlich möglichst genau darin gelichtet werden.

H. V. Fortschwell. Werden Sie sich mit einer Anfrage an den Verein für Volkskulturbücherei. Vorsitzender ist Josef Dr. Wolff in Reichsdorf bei Auerbach.

6. Kongress der Gewerkschaften Deutschlands.

C. B. Hamburg, 27. Juni.

Sächter Verhandlungstag.

Es werden zunächst die Resultate der Wahlen zur Generalkommission

mitgeteilt. Wieberwählt in die Generalkommission sind ihre bisherigen 11 Mitglieder: Legien (Hohler) mit 303 (von 313 abgegebenen gültigen) Stimmen, Kube (Zimmerer) mit 297, Silberstein (Maurer) mit 274, Robert Schmidt (Hohler) mit 263, Knoll (Steinleber) mit 258, Sabath (Schneider) mit 258, Sassenbach (Sattler) mit 232, Schumann (Transportarbeiter) mit 213, Döblin (Buchdrucker) mit 200, Cohen (Metallarbeiter) mit 213 und Drusel (Trotter) mit 199 Stimmen. Neu hinzugewählt werden G. Bauer (Bureauangestellter) mit 175, H. G. Hüblich (Textilarbeiter) mit 171 Stimmen. Außerdem haben Stimmen erhalten Hasner (Schmied) 17, Börner (Tabakarbeiter) 59, Brand (Fabrikarbeiter) 57, Samacher (Schuhmacher) 45, Heigl (Bäcker) 107, Jakob (Maler) 23, Röh (Gemeindefunktionär) 28, Bogisch (Salzwirtschaftler) 104, Sachse (Verarbeiter) 108, Frau P. Thiede 85.

Nächster Gegenstand der Tagesordnung ist Die Organisation zur Erziehung der Jugend.

Referent Robert Schmidt-Berlin: Die Gewerkschaften sind der Jugendbildung und -erziehung nicht rechtzeitig nachgegangen. Sie hätten viel besser daran getan, sofort als die ersten Vertreter einer selbständigen Jugendbewegung sich zu zeigen, indem sie die Erziehung der Jugend in die Hand zu nehmen, statt die Bewegung ihre eigenen Wege gehen zu lassen, die nicht immer allgemeine Sympathie und Befriedigung zu erwecken vermochten. Wir sind aber, auch wenn wir uns den Vorwurf machen müssen, daß die deutschen Gewerkschaften auf diesem Gebiete sehr nachlässig gewesen sind, jetzt doch geneigt, für die Organisation der Jugend zu sorgen; denn einmal stehen wir den ganz neuen Reichsverhältnissen gegenüber...

Reichsverhältnisse

gegenüber, und lebhaft steigt die Zahl der Jugendlichen, der Kinder und Frauen, die in der Industrie tätig sind, rasch und dauernd. In den letzten 10 Jahren ist die Zahl der jugendlichen Arbeiter in der Industrie um 10 Prozent gestiegen, noch härter die Zahl der Kinder, deren wir jetzt 11000 in der Industrie haben, und der Frauen. Das legt uns eine wirtschaftliche Notwendigkeit auf, diese Personen zu organisieren. Vor allem müssen wir für die strenge Durchsicht der Kinder- und Lehrlingsverhältnisse sorgen. Das müssen wir tun; denn die Gewerkschaften haben das umgekehrte Wachstum der Übertretungen nicht zu verhindern vermocht und es führt nur gelegentlich davon. Mit den Lehrlingskommissionen der Lehrlinge oder verhandelt man seitens der Meister nicht so, wie mit den Lehrlingskommissionen der erwachsenen Arbeiter, die hinter sich die Macht der Organisationen haben. Sehr wertvoll sind auch die Kinderkommissionen...

Kinderkommissionen

wie unsere Genossinnen solche in Dresden zuerst gegründet haben. Tatsächlich sind die vielen Dieb- und Raubfälle, aber leider auch manche Kinder im Hause unverständiger Eltern ohne den gebührenden Schutz. Da müssen wir die Kinder schützen, genau so wie in der Fabrik gemäß den Schutzbestimmungen der Gewerbeordnung für Frauen und Jugendliche. Neben den rein wirtschaftlichen Aufgaben ermahnen uns bei der Organisation der Jugend erzieherische Aufgaben. Arbeiterkassenbestimmungen und Arbeitervereine sind der Jugend dank der miserablen Erziehung der Volksschule ganz unbenutzt. Daher die vielen Gefahren der Jugendbeschäftigung, die leider allzu häufige frühzeitige Berufsunfähigkeit. Weiter kommt in Betracht der einseitige und

gehaltene Religionsunterricht

und Geschichtsunterricht in der Volksschule. Auf dem evangelischen Kongress hat selbst ein und so fremder Mann wie Professor Delbrück über die ideologische Drogenoffenlegung und den Drogenkonsum im Geschichtsunterricht geredet. Dieser Volksschulunterricht bedarf dringend der Ergänzung im freireligiösen Sinne. Das ist um so notwendiger, als unsere Gegner in der Frage der Jugendbildung mit außerordentlichem Erfolg tätig geworden sind. Allein in den evangelischen Junglingsvereinen sind 110000 Jugendliche zusammengeschlossen. Demgegenüber ist unsere Jugendbewegung mit höchstens 10000 festen Mitgliedern klein und unbedeutend. Aber vor allem gilt es, der Jugend fähigen Halt zu geben, denn das braucht die Arbeiterbewegung und die Gewerkschaft. Sind doch heute 10 Proz. der Verbrecher Jugendliche, 25 Proz. aller Diebe, 36 Proz. aller räuberischen Erpresser...

rauberischen Erpresser.

35 Prozent aller Brandstifter sind Jugendliche. Da helfen keine Bibelpredigten, da verlangt die christliche Lehre; denn diese sozialen Schäden sind wieder die Folgen dieser sozialen Missstände, geringerer Verkrüppelung und Vererbung von Krankheiten, schlechter Erziehung und schwerer Lebenskämpfe. Wie leicht ist dann durch eine Gefängnisstrafe die Bräute hinter den Jugendlichen abgedreht und sie in das Gefängnis vieler Bräute des Laster und Verbrechens (Gehirnwasser), eingekerkert. Die Jugendlichen hinter den Gefängnistoren sind meist schon gänzlich verloren. Ein sehr böses Kapitel sind auch die unfähigen und interesselosen Pflüger und Wortmünder. Die Weigerung sie sich gegen über den Prophezeien, unzufriedenen Arbeiter ihre Reden durchzuführen. Unsere Jugendorganisation hat sich nach ausländischem Vorbild gebildet und gerade das Schlimme von ihr gelernt. In harter Romantik haben die Jugendorganisationen sich dem Antimilitarismus in die Arme geworfen. Aber der Militarismus ist im Weltstand unerbittlich viel strenger und die Strafen für Vergehen viel härter als im Ausland. Unsere Jugendlichen gingen da auf ein sehr gefährliches Gebiet, auf dem sie nicht vorwärts gekommen wären. Wir wollen nicht dulden, daß die Jugendlichen sich an der fälschlichen Wehr des Militarismus den Kopf einschlagen. Diese politische Form des Militarismus führt schon ab, wenn die wirtschaftlichen Formationen sich ändern. Die einzige Aufgabe der „Jugendorganisation“ erblicken wir in der Förderung

Allgemeine Bildung.

Wir wollen weniger eine Organisation, als eine Stätte der Bildung und Erziehung. Die junge Garde soll zu überzeugten Anhänger der sozialistischen Bewegung werden, aber sie soll sich nicht selbst planlos mitten in den Kampf stürzen. Wie soll nun die Organisation gestaltet werden? Die Gewerkschaftsbewegung wird auch die Jugendlichen nicht entbehren können. So ist z. B. der Transportarbeiterverband auf die Jugendlichen bei jeder Lohnbewegung angewiesen. Auch der Lithographen- und Steinbrucherverband hat sich heran zu setzen, eine Jugendlichen-Abteilung zu gründen. Die Lehrlinge allerdings wollen wir nicht in den wirtschaftlichen Kampf hineinstecken. Wir haben nicht das mindeste Interesse daran, ihre ganze Entwicklung zu unterbrechen oder ganz zu führen. Der

arbeitenden Jugend

sammen auch nicht zu Arbeitern, Jugendlichen und Einzelnen in wirtschaftliche Kämpfe. Da müssen wir uns die Einwirkung der Jugendorganisation bedüngen, denn das sind Aufgaben der Gewerkschaften. Wir wollen die Jugendlichen erziehen und bilden, aber wir wollen keine unklare politische oder gewerkschaftliche Fikseli. Auch der Lehrlingsbildung kann nicht gefördert werden durch Individue Schwäger und Befriedigung des einzelnen Meisters, wie in den bisherigen Jugendvereinen. Es darf nicht der Lehrling zu einem Meister werden und ihm sagen: „Du bist ein großer Schwäger!“; dann mit ihm der Meister natürlich an den Ehren und führt ihn zur (Gehalts-) Gehirnwasser und für den Lehrlingsgenuß die Wirkung der Jugendlichen nicht erforderlich, aber nicht in dieser von breiten unvernünftigen und fälschlichen Form. Auch die politische Willkür soll sich von der Vorhänge geholt habe, in ihren politischen Entscheidungen nicht von den Jugendlichen hineinreden lassen. Wir haben ja an der internationalen Jugendkonferenz in Stuttgart gesehen, wie nicht gerade in ergebender Weise, aber mit

außerordentlichem Tamtam

über die wichtigsten politischen Fragen von den Jugendlichen abgefragt wurde. (Gehirnwasser.) Wie schön kam da das „Selbstbewußtsein“ zum Ausdruck und der Stolz, Träger einer großen Idee zu sein. Ueber politische Fragen entscheidet und internationale Beziehungen pflegt die politische Partei, nicht die Jugendorganisation. Vereinsmitglieder und Vereinsmitglieder der Jugendlichen hören bei uns auf Träger des politischen Kampfes ist die Parteiorganisation, des wirtschaftlichen Kampfes die Gewerkschaft. So wollen wir es auch in Zukunft halten! (Beifall.) Nun hat die

Leipziger Volkszeitung

Region und mich angegriffen, weil wir in den Sozialistischen Monatsheften auch die Notwendigkeit der körperlichen Erziehung der Jugend betont und zitiert haben, daß nur in einem gesunden Körper ein gesunder Geist liegt. Die Leipziger Volkszeitung bezieht uns daraufhin mit freisinnigen Turnlehrern und empfindet uns als erhebende andere Philisternwahrer. „Euphorica, was raschelt im Stroh“ oder „Wer nur den lieben Gott läßt walten“. (Große Beifall.) Ich finde es sehr sonderbar, daß sich die Leipziger Volkszeitung so sehr gegen den „gesunden Geist“ wendet. (Zurufe bei den Metallarbeitern: Wir wundern uns nicht darüber.)

Nach der historisch-ökonomischen Kenntnis der Leipziger Volkszeitung scheint man also erst einen kleinen Klaps haben zu müssen, um auf den Beifall der Leipziger Volkszeitung rechnen zu können. (Große Beifall und große gut!) Ich gehöre auch nicht zu den „Verdrossenen“, sondern zu den Vergnügten, die sich die helle Freude an den rabiaten Vorurteilen haben. (Sehr gut!) Ich erlaube auch heute noch in der Bewegung in freier Luft eine notwendige Gegenwehr gegen die Arbeit in der industriellen Fabrik. Wir brauchen auch körperlich gesunde Arbeiter in der Arbeiterbewegung. Da wollen wir auch keine Sportvereinsmitglieder werden, wie denn überhaupt die meisten Jugendlichen keinen Pfennig für Vereinsbeiträge übrig haben. (Sehr wahr!) Eine Verein muß die Jugend zur freien körperlichen Betätigung, zu Spiel und Sport herausgeholt werden aus der Werkstatt und vor allem aus der Scheibe. (Sehr wahr!) Wenn wir in diesem Sinne arbeiten, dann war das neue Reichsbereitschaft mit seinen

Ausnahmebestimmungen

gegen Jugendliche ein Schlag ins Wasser. Wenn wir den Jugendlichen die nötige allgemeine Bildung geben, kommt das Verständnis der Arbeiterbewegung von selbst. Auch das brutale Vorgehensverhältnis der Gewerkschaften zum Lehrling muß in ein gegenseitiges Vertrauensverhältnis umgewandelt werden. So wollen wir alle eifrig an die Arbeit gehen, der modernen Arbeiterbewegung einen tüchtigen Nachwuchs zu erziehen. (Lebhafte, anhaltende Beifall.)

Der Kongress legt folgende Resolution vor:

„Der Kongress hält die Forderung der Bildungsbestrebungen der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen, insbesondere die Einführung in die politische und gewerkschaftliche Tätigkeit, für eine wichtige Aufgabe im Emanzipationskampfe der Arbeiterklasse.“

Diese Aufgabe wird erreicht werden durch die Veranstaltung guter Vorträge, die der Erkenntnis der Jugend angepasst sind und vor allem die Gebiete der Naturwissenschaft, Gesundheitspflege, Literatur, Kunst, Technik, Meßwissenschaft, Volkswirtschaft, Geschichte, Politik und gewerkschaftlichen Tätigkeit umfassen. Tauschen wird durch Veranstaltungen erkräftet und auch hiezu die nötige Unterhaltung und Gesellschaft gepflegt werden können, sowie für Sport und Spiel in den Grenzen der Betätigung zu erweiden sein, daß die Teilnahme hieran nicht zu einer Überforderung, zu einer Sportverletzung ansetzt.

Für diese Zwecke erscheint die Bildung einer besonderen Jugendorganisation nicht erforderlich, vielmehr werden die Gewerkschaften für ihre jungen Mitglieder und Berufsangehörigen zu besonderen Veranstaltungen die Bildung und Erziehung der Jugend im Sinne dieses Programms fördern.

Die Teilnahme an den Vorträgen und soweit es möglich ist auch an den anderen Veranstaltungen soll den jugendlichen Arbeitern und Arbeiterinnen uneingeschränkt ermöglicht werden.

Die Arrangements sind in den einzelnen Orten einer Kommission zu übertragen, die von den Gewerkschaften und der Parteioptionen unter Einwirkung einiger Vertreter der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen gebildet wird.

Die wirtschaftliche Interessensvertretung und die Entscheidung über politische Parteifragen bleibt nach wie vor lediglich Aufgabe der gewerkschaftlichen bzw. politischen Organisationen.

Der Vorstands Legien läßt dem Kongress einen Brief folgenden Wortlaut vorzulesen:

„H. G. Hüblich mit der Frage der Jugendorganisation befaßt sich gestern Abend eine vom Bildungsausschusse einberufene Sitzung der Jugendorganisationenverträge Leipzigs, die nach lebhafter Debatte einstimmig folgende

Resolution

annahm: Die Vorstände der Leipziger Jugendorganisationen, die mehr als 1000 Mitglieder besitzen, und der Vorstand des Leipziger Arbeiterbildungsinstitutes erklären, daß sie die Ausführungen der Genossen Legien und Schmidt, die diese über die Jugendorganisationen in den Sozialistischen Monatsheften gemacht haben, als stärkste juristische Mängel. Vor allem erblicken sie in der Selbständigkeit der Jugendorganisationen, an deren Spitze ältere erfahrene Genossen stehen, eine unbefugte Anwendung. Diese Selbständigkeit zu vernichten ist aber die ausgesprochene Absicht der beiden genannten Genossen. Bei der kurzen Errichtung der bisherigen Organisationen ist es ein überreifes Urteil, wenn gesagt wird, die Jugendorganisationen seien in ihrer bisherigen Form ein verfehltes Unternehmen, ganz abgesehen davon, daß diese Behauptung mit den Ergebnissen der Jugendorganisationen in Leipzig, Hamburg und in anderen Orten im Widerspruch steht.

Die Jugendorganisation als solche kann nicht ausschließlich Ende der Gewerkschaften sein, da dadurch die Organisation wie die Kräfte vollständig gerippt würde. Gegenüber dem Verlangen unserer Gegner, schon in der Volksschule, insbesondere in den Fortbildungsschulen und den höheren Schulen in verfassendem Sinne Unterrichtsgegenstand über das innere Wesen des Staates und die „Wohlfahrt“ für die Arbeiterklasse einzuführen, ist es Pflicht der Arbeiterbewegung, die arbeitende Jugend möglichst früh über ihre Lage aufzuklären, was keineswegs eine Überforderung mit schwierigen wirtschaftlichen Problemen“ bedeutet. Um dieses Ziel zu erreichen, ist es nötig, überall mit Unterstützung von Partei und Gewerkschaft Jugendorganisationen ins Leben zu rufen, um so tüchtige Rekruten für die Arbeiterbewegung heranzubilden.

Wir hoffen daher, daß der Gewerkschaftskongress zu Hamburg die Selbständigkeit der Jugendorganisationen nicht anerkennend, sondern im Gegenteil ihnen keine Unterdrückung angedeihen läßt.“

Der Kongress tritt in die Diskussion ein.

Sillier-Berlin (Steindrucker) äußert die Einrichtung der Jugend- und Lehrlingsabteilung seines Verbandes, die erlangen war durch das Vorgehen der gelben Gewerkschaften. Die Abteilung hat einen Wochenbeitrag von 10 Pf. und eine Krankenunterstützung. Auch eine besondere Jugendzeitung wird schon herausgegeben. Im Vordergrund unserer Tätigkeit steht natürlich die Bildungsfrage und die körperliche Ausbildung. Auf diese Weise haben wir von 4500 Lehrlingen unseres Berufs schon 2500 organisiert. Ich bin daher durchaus der Meinung des Referenten, daß wir die Jugend nur sachlich und körperlich, nicht politisch bilden sollen. (Lebhafte Beifall.)

Reimm-Leipzig (Metallarbeiter): Auch ich bin nicht etwa dafür, daß man den Jugendlichen einseitig einbildet, was sie später nicht aus eigenem genügen erkennen. Aber ich weis doch nicht, ob nicht eine besondere Jugendorganisation unter Umständen nützlich sein kann, es fehlen uns ja noch die Erfahrungen. Deshalb wollen wir uns noch nicht festlegen, und ich bitte Sie, den Absatz 3 der Resolution Schmidt zu freieren.

Josephson-Damburg: Daß die Jugendzeitung aus Leipzig von keinerlei Sachkenntnis getrieben ist, beweist die Berufung auf den Hamburger Jugendbund, der nur eine Abteilung des Fortbildungs-

vereins ist. Für die Jugendorganisationen muß eine Altersgrenze festgelegt werden, sonst werden sie, wie teilweise im Ausland, zu Tummelplätzen Mißvergnüger, die in der Partei nicht durchbringen konnten. So haben z. B. in Christiania die „Jugendlichen“ bei den letzten Stadtverordnetenwahlen keine Spitze für sich verlangt. (Große Beifall.) Auf die Gefahr hin, daß ich auch für einen freisinnigen Turnlehrer gehalten werde (Beifall), spreche ich meine Überzeugung aus, daß die Jugendlichen vor allem einen gesunden Körper als Ziel eines gesunden Geistes behalten oder erhalten müssen. (Beifall.)

Kalkenbahr-Berlin (als Gast): Ich möchte in Ergänzung des Referats nur, um Richtigstellungen zu vermeiden, hervorheben, daß wir die antimilitaristische Agitation nicht wegen der „elernen Disziplin“ und der „hohen Strafen“ verwerfen. — Das ist nicht unsere Art, etwas aus Furcht zu lassen — ich erinnere nur an das Sozialistengesetz —, sondern, daß wir sie ablehnen müssen, weil sie überhaupt keine sozialistische Bewegung ist, sondern nur ein Auswuchs des kleinbürgerlichen Kapitalismus. Wir sehen im Militarismus nur ein Werkzeug des Kapitalismus und uns kommt es darauf an, den Kapitalismus selbst zu bekämpfen. (Beifall.) Der Weg, der zur sozialistischen Jugendbildung führt, braucht von Anfang an nicht politisch auszugehen! Auch nach Daniels Referentenführer (Zuruf aus: Aber der ist doch orthodox!) soll der, der ein guter sozialdemokratischer Agitator werden will, sich zunächst ein möglichst großes Maß von allgemeinem Wissen erwerben. Vor der antimilitaristischen Agitation wollen wir die Jugend warnen, nicht weil es ein gefährlicher, sondern weil es ein falscher Weg zur Befreiung der Arbeiterklasse ist. (Beifall.)

Thiele-Damburg (Metallarbeiter): Tief beachtlich ist es, daß die Hütte, unter Blatt für Jugendbildung, eingesehen ist. Hoffentlich wird ein Blatt ähnlichen und noch reicheren Inhalts jetzt wieder geschaffen.

Stellung-Lübeck weist auf die großen Mängel in der Behandlung der Jugendlichen in der Fabrik, beim Milch- und Brotarbeiten hin. Dagegen müßten die Gewerkschaften praktisch arbeiten. Im übrigen dürfte es sich nicht empfehlen, die Jugend sich selbst zu überlassen. Wir im Transportarbeiterverband haben im letzten Jahre 263 jugendliche Mitglieder neu aufgenommen.

Bräun-Industriefabrik (Fabrikarbeiter) macht Mitteilungen über die Grausamkeiten des Strafbolles gegen Jugendliche, A. B. über die Verurteilung des „Armenbüchsen“. Auch die Literatur in den Gefängnisbibliotheken sei sehr schlecht und erziehe nur zum Verbrechen.

Winkel-Berlin (Arbeitslosenbeamter) findet, daß die Absätze 3 und 5 der Resolution Schmidt sich widersprechen. Er fordert eine bessere Jugendsekretariate, die die Schäden der Jugendarbeit in gesundheitlicher und sozialer Hinsicht bekämpfen sollen. In den Jugendorganisationen müsse um jeden Preis der Gehalt der Bezahlung vermieden werden. Darin seien die Jugendlichen sehr empfindlich. Auch die Agitation müßten die Jugendlichen selbst betreiben. Die Hütte sei gerade mangels einer solchen eigenen Agitation der Jugendlichen eingegangen.

Die Altmann-Berlin: Das größte an der deutschen Gewerkschaftsbewegung ist ihre Einheitsliebe. Diese darf auch durch bessere Jugendorganisationen nicht getrübt werden. Wichtig für die Organisation der Jugendlichen ist vor allen Dingen die Beschaffung von Wohnraum, in dem die Jugendlichen zu Hause sind. Damit schließt die Diskussion. In seinem Schlusswort dankt der Referent

Robert Schmidt, an seiner Resolution nichts zu ändern, da sie auf Vereinbarung beruhe. Als praktische Hilfsmittel zur Organisation der Jugendlichen bezeichnet er ungelieherte große Zentralbibliotheken und Lokale ohne Anstandsraum.

In der Abstimmung wird der Antrag auf Streichung des Absatzes 3 der Resolution gegen 16 Stimmen abgelehnt, die Resolution Schmidt gegen 1 Stimme angenommen.

Es folgen die Berichte der Redaktionskommission über die ihr überwiesenen Materien.

Die Kommission berichtet

ant Frage der arbeitsfähigen Stellenvermittlung

folgende Resolution vor: Die arbeitsfähigen Stellenvermittlung, wie sie im Gewerkschaftsorgan, in den kommunalen Kreisen, im Handels-, Schularbeiter-, Bäcker-, Metzgergewerbe usw. ferner bei der Vermittlung von Diensten und Landarbeitern sich eingestellt hat, führt zu großen materiellen Schäden für die Arbeitenden.

Die Gebühren, die von den privaten Vermittlern erhoben werden, sind zum Teil ungebührlich hoch und stehen meist in einem argen Mißverhältnis zu den von ihnen geleisteten Diensten. Ueber die tariflich festgesetzten Gebühren hinaus suchen die Vermittler unter allerlei Vorwänden und unter den verschiedensten Formen Gelder aus den Vermittelten herauszupressen.

Nicht selten werden im Auftrag der Unternehmer den Stellen suchenden Arbeitsverträge zur Unterzeichnung vorgelegt, welche den guten Sitten und Gebräuchen widersprechen, wobei man sich nicht leisten, derartige Verträge auch von Arbeitern unterschreiben zu lassen, die mehr der deutschen Sprache noch Schrift nicht mächtig sind.

Der Umstand, daß die Stellenvermittler, Gemeindevorsteher, Gewerkschaften usw. sowie die sogenannten Sprechmeister der Innungen in der Regel direkt oder indirekt mit Gewinnzwecken oder anderen Geschäftszwecken (Verkauf von Wasserstandsgegenständen, Jagarten, Weinhandlungen usw.) in Verbindung stehen, ermöglicht eine weitere Ausbeutung und Demoralisation der Stellen suchenden.

Da ein häufiger Stellenwechsel im persönlichen Erwerbinteresse der Vermittler liegt, so suchen sie hien, nicht selten unter Anwendung unaufrichtiger Mittel, möglichst zu beschärfen.

Indem sie den Unternehmern vorzugsweise neue Arbeitskräfte anbieten, die sie vielfach durch falsche Darstellungen über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse und trügerische Versicherungen in nachlässigen Gegenden angezogen haben, betreiben sie auch eine Verdrängung der Lohnbewegungen unterliegen sie das Unternehmertum durch Anwerbung von Streubrechern.

In Erwägung aller dieser Verhältnisse erklart der Kongress: Die gänzlich unzureichende dieser volkswirtschaftlich schädlichen Tätigkeit ist im Interesse Hunderttausender von Arbeitern dringend geboten und ein vollkommener Erfolg hierfür durch Errichtung öffentlicher, von gemeinnützigen Geschäftsbüroaus geleiteter gebührenfreier Arbeitsnachweise zu schaffen.

Die Stellenvermittlung und der Arbeitsnachweis sind durch Reichsgesetz einheitlich zu regeln, und sind neue Konzeptionen an gewerkschaftliche Stellenvermittler, Gemeindevorsteher usw. nach einer durch Gesetz zu bestimmenden Uebergangszeit nicht mehr zu erteilen.

Die vom Staat oder Kommune zu errichtenden Arbeitsnachweisanstalten müssen auf der Grundlage vollkommenster Selbstverwaltung aufgeführt sein, überhaupt allen denjenigen Anforderungen entsprechen, die vom Frankfurter Gewerkschaftskongress 1899 als Vorbedingung aufgestellt worden sind.

Der Kongress erwartet, daß bei der in Aussicht stehenden Verwendung der Gewerbeordnung (Titel II, § 34) diesen Wünschen Rechnung getragen wird.

Zur Frage:

Der Boykott als gewerkschaftliches Kampfmittel

beantragt die Kommission:

I. Der Boykott ist bei Lohnkämpfen der Arbeiterschaft in der Bekleidungsindustrie, desgleichen in der Nahrungs- und Genussmittelindustrie und einigen anderen Gewerben ein Hilfsmittel von großer Bedeutung, weil für diese Gewerbe der Massenkonsum der Arbeiterschaft ein ausschlaggebender Faktor ist. Benutzt die Arbeiterschaft in solchen Lohnkämpfen ihre Macht als Konsument, so kann durch den Boykott auf die sich gegen die Forderungen ihrer Arbeiter stehenden Unternehmer ein bedeutender Druck ausgeübt werden, der diese zum Nachgeben im Kampfe und zur Anerkennung der Forderungen zwingen muß. Deshalb bewirkt auch ferner die Arbeiterschaft den Boykott als gewerkschaftliches Kampfmittel zur Unterstützung der organisierten

haben & Wissen & Kunst

Arbeiter in oben genannten Gewerben, um so mehr, da die Lage dieser Arbeiter und Arbeiterinnen auch durchweg noch weit unter dem allgemeinen Niveau der Lebenshaltung der Gesamtbevölkerung steht und letztere ein dringendes Interesse daran haben muß, ihren Teil zur Beseitigung der traurigen Lohn- und Arbeitsbedingungen dieser Gruppe beizutragen.

Ausgehend von diesen Grundfragen beschließt der Kongress:
1. Der Boykott über einzelne Unternehmer oder ganze Gruppen von Unternehmern kann nur auf Antrag der Zentralleitung der im Lohnkampf lebenden Gewerkschaft von der Vertretung der organisierten Arbeiterchaft am Ort, dem Gewerkschaftskartell und den Vorständen der örtlichen Gewerkschaften beschlossen werden.

2. Als zweckmäßig empfiehlt es sich, zu den Beratungen über einen Boykott auch die Vertretung der politischen Arbeiterorganisation am Orte mit heranzuziehen, damit im Kampfe beide Richtungen der Arbeiterschaft sich unterstützen und ergänzen können.

Den Lohnkämpfen gleich zu erachten sind die Bewegungen zur Bekämpfung der Hausindustrie wie auch der Beseitigung von Kopf und Kragen beim Arbeitgeber, selbst wenn diese nicht mit einer Arbeitseinstellung verbunden sind.

3. Die Gewerkschaften, die die Hilfe des Boykotts in Anspruch nehmen wollen, haben dieses so frühzeitig dem örtlichen Gewerkschaftskartell anzuzeigen, daß mit diesem die einschleitenden Schritte rechtzeitig beraten werden können.

4. Der Boykottbeschluss des Gewerkschaftskartells am Kampf-ort ist auch für die Arbeiterschaft anderer weniger am Kampfe beteiligter Orte mit bindend. -- Ist jedoch vorauszusetzen, daß sich der Lohnkampf und Boykott auf ganze Landstriche und Provinzen erstreckt, so soll außerdem vor Ausbruch des Kampfes neben einer Verständigung mit den Gewerkschaftskartellen dieses Landstriches auch die Verständigung mit den Zentralleitungen der besonders stark beteiligten und vertretenen Gewerkschaften und der zuständigen politischen Parteileitung erfolgen.

5. Die Zeitung des Boykotts wie die Aufbringung der Mittel für dessen Propagierung und Durchführung ist Sache der im Lohnkampf befindlichen Organisation, die die Beseitigung des Boykotts beantragt hat; die Organisationsleitung hat sich jedoch über wichtige Maßnahmen mit der Vertretung der Gesamtbevölkerung am Orte zu verständigen.

6. Die Zeitung des Boykotts hat neben der nötigen Publikation der gefassten Beschlüsse auch dafür zu sorgen, daß genügend beschaffene Ware herbeigekauft wird.

7. Ist von den dazu berechtigten Instanzen ein Boykott beschlossen, so ist von allen organisierten Arbeitern und Arbeiterinnen, diesen Beschluss voll und ganz durchzuführen und auf keinen Fall in boykottierten Geschäften zu kaufen.

Der Kongress erachtet den Boykott als ein gewerkschaftliches Kampfmittel, das nur nach reiflicher Prüfung der Verhältnisse und nur nach Beschlußfassung der oben erwähnten Instanzen angewandt werden darf, weil die ungerechte und ungesunde Anwendung eines Boykotts für die beteiligte Gewerkschaft und die gesamte Arbeiterschaft nachteilig wirkt.

II.
„Der Gewerkschaftskongress weist die Veruche der neueren Rechtsprechung: bei der Beurteilung des Boykotts die Prüfung auch darauf zu erstrecken, ob ein Boykott Aussicht auf Erfolg bietet oder ob der Zweck des Boykotts eine Herabsetzung der wirtschaftlichen beziehungsweise sozialen Verhältnisse zur Folge hat, entschieden zurück.“

Die Rechtsprechung hat sich nach Ansicht des Gewerkschaftskongresses auf die Prüfung zu beschränken, ob die Mittel des Boykotts gegen die bestehenden Gebräue verlohnen. Darüber hinausgehende Prüfungen und auf diesen Prüfungen beruhende Entscheidungen können nur die subjektive Auffassung der Richter über wirtschaftliche, soziale, in Fluß befindliche Fragen wiederbügeln. Die Regelung der wirtschaftlichen und sozialen Fragen kann nur Aufgabe der Gesetzgebung sein. Die Veruche, durch die Rechtsprechung eine solche Regelung herbeizuführen oder an ihre teilzunehmen, sind ein Eingriff in die wirtschaftliche Freiheit und tragen die Gefahr neuer Klassenjustiz in sich.

Deshalb protestiert der Gewerkschaftskongress mit aller Entschiedenheit gegen derartige Veruche der Rechtsprechung, welche die Durchführung des gesetzlich zulässigen Boykotts auf Umwegen zu verhindern veruchen.“

Die Anträge der Kommission werden nach kurzer Begründung durch Müller-Berlin (Steindruck) einstimmig angenommen.

Es folgt als letzter Gegenstand der Tagesordnung die Beratung verschiedener Anträge.

Ein Antrag der Knäpferinnern:
„Zu Erwägung, daß über die Auslegung der Streikarbeit bedenklich abweichende Auffassungen bestehen, die oft zwischen verwandten Berufen zu unheilbaren Vorfällen Anlaß geben, erklärt der deutsche Gewerkschaftskongress: daß alle Arbeiter, die von Arbeitern verweigert werden, um bessere Arbeitsbedingungen zu erzielen oder Beschlechterungen der Arbeitsbedingungen abzuwehren, solange als Streikarbeiten angesehen sind, bis die in Frage kommende Organisation ganz unambigüer erklärt, daß die Differenzen beseitigt sind, die zum Zustand oder zur Auslieferung geführt haben.“

Die Anträge der Kommission werden nach kurzer Begründung durch Müller-Berlin (Steindruck) einstimmig angenommen.

Ein Antrag der Knäpferinnern:
„Zu Erwägung, daß über die Auslegung der Streikarbeit bedenklich abweichende Auffassungen bestehen, die oft zwischen verwandten Berufen zu unheilbaren Vorfällen Anlaß geben, erklärt der deutsche Gewerkschaftskongress: daß alle Arbeiter, die von Arbeitern verweigert werden, um bessere Arbeitsbedingungen zu erzielen oder Beschlechterungen der Arbeitsbedingungen abzuwehren, solange als Streikarbeiten angesehen sind, bis die in Frage kommende Organisation ganz unambigüer erklärt, daß die Differenzen beseitigt sind, die zum Zustand oder zur Auslieferung geführt haben.“

Annahme findet folgender Antrag des Tabakarbeiter-Verbandes, Sachstelle Bremen:
„Die am 6. Mai tagende Generalversammlung der Tabakarbeiter Gewerkschaften und Gewerkschaften auch Sachleute zum Schiedsgericht herangezogen werden und von beiden Seiten die Schiedsrichter ernannt werden zur Begleitung der bestehenden Differenzen.“

Der Vorstand des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen beantragt:
„Der 6. Deutsche Gewerkschaftskongress empfiehlt den Gewerkschaften, überall dort, wo noch Lohnzahlung am Sonnabend üblich ist, bei Lohnbewegungen die Forderungen nach Auszahlung des Lohnes an einem früheren Wochentage auszustellen.“

Die Lohnzahlung am Sonnabend erschwert den Angestellten und Arbeitern im Handelsgewerbe ungemein die Eringung des schmerzlichen Radeufschusses und die Sonntagstrübe und gibt den Geschäftsinhabern den Vorwand, sich gegen diese Einrichtungen zu erklären und erschwert es den Konsumvereinen, mit diesen Einrichtungen voranzugehen.

Die Zusammenbringung des Einkaufs der arbeitenden Bevölkerung auf den Sonnabend bringt auch für diese selbst mancherlei Nachteile und Unbequemlichkeiten mit sich. Am Sonntag aber sollte die Arbeiterfrau neben der Verrichtung der häuslichen Arbeiten nicht noch gezwungen sein, Einkäufe zu besorgen, wie dies die Lohnzahlung am Sonnabend nach sich zieht.

Die Beseitigung der Lohnzahlung am Sonnabend und die Auszahlung des Lohnes an einem früheren Wochentage liegt so im Interesse der arbeitenden Bevölkerung wie im Interesse der Arbeiter und Angestellten im Handelsgewerbe. Die Gewerkschaften werden deshalb ersucht, diese Forderung bei jeder sich bietenden Gelegenheit zu befürworten.“

Der Antrag wird nach kurzer Begründung durch Josephsohn-Hamburg einstimmig angenommen.

Eine große Anzahl von Anträgen liegen zur Alkoholfrage vor. Sie fordern u. a. Erziehung alkoholfreier Gewerkschaftshäuser und Versammlungshäuser.
Stähler-Berlin (Schneider) und Wiffel-Lübeck (Metallarbeiter) schlagen vor, auf dem nächsten Gewerkschaftskongress die Alkoholfrage zu verhandeln und einen besonderen Referenten dazu zu bestellen.

Leber-Yena (Metallarbeiter): Die Gewerkschaftsbewegung hat praktisch den Alkoholkonsum überall zurückgedrängt. Aber alle unsere Gewerkschaftshäuser existieren nur durch den Alkoholkonsum, und das mag darin nicht scheitern. (Beifall und Widerspruch). Unmittel-

bar nach dem Essener Parteitag hat die Agitation der Abstinenten in der Partei wieder eingesetzt. Was nützen da alle ResOLUTIONEN und BeschLUSSFASUNGEN? (Beifall und Widerspruch.)

Vorsitzender Wömelburg: Zur Bekämpfung des Alkoholismus hat die Gewerkschaftsbewegung mehr getan, als diejenigen, die aus der Bekämpfung des Alkoholismus ihr Stiedenpferd gemacht haben. Indem wir die Lebenshaltung der Arbeiter verbessern und ihre Bildung erweitert haben, haben wir den Alkohol zurückgedrängt und damit zugleich den Boden für die weitere Organisationsarbeit geschaffen. Unsere prinzipielle Stellung ist also gegeben, und wir können über diese Debatte hinwegkommen, indem wir erklären, daß wir der Resolution des Essener Parteitagtes beitreten, daß aber besondere Maßnahmen gegen den Alkoholismus nicht zur Zuständigkeit des Gewerkschaftskongresses gehören, sondern zu der der Ortsparteien. (Vedhafter Beifall.)

Gegen den Widerspruch der Abstinenten wird die Debatte geschlossen und der Vorschlag Wömelburgs mit allen gegen drei Stimmen angenommen.

Von Pöplow-Hamburg (Maurer) ist folgende Resolution eingegangen:
„Der letzte Kongress der deutschen Gewerkschaften nimmt Kenntnis von der auf dem Internationalen Sozialistenkongress in Stuttgart beschlossenen Resolution, betreffend die Beziehungen zwischen den Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Partei, und spricht den Wunsch aus, daß alle der Generalkommission angeschlossenen Gewerkschaften ihre Mitglieder in diesem Sinne erziehen mögen.“

Vorsitzender Wömelburg: Der Antrag kommt so spät, daß wir ihn nicht mehr zur Debatte stellen möchten. Da aber niemand die BeschLUSSFASUNG des Stuttgarter Kongresses moniert hat, ist sein Inhalt ja selbstverständlich.

Pöplow (zur Geschäftsordnung): Ich hielt es nur für eine Anstandsfrage, das noch ausdrücklich auszusprechen.
Müller-Berlin (Wudrucker): Ich glaube, daß es besser wäre, wenn diese Resolution nicht gekommen wäre. (Beifall.) Wömelburgs Erklärung ist ja ebenfugut wie die Annahme der Resolution. Wir unterstehen sehr wohl zwischen einem Wunsch des Internationalen Sozialistenkongresses und einem BeschLUSS des deutschen Gewerkschaftskongresses.

Legien: Die deutsche Gewerkschaftsdelegation hat ja in Stuttgart selbst der Resolution zugestimmt. Da wäre die Annahme eines besonderen Antrages geradezu ein Mißtrauensvotum gegen sie. Auf Vorschlag Wömelburgs wird beschlossen, diesen Gegenstand durch den Bericht der Generalkommission für erledigt zu erklären.

Wömelburgs Schlussrede.
Damit sind wir am Ende unserer Arbeiten angelangt. Ich danke zunächst dem Gesamtkomitee und den sachlichen Hamburger Genossen. Wir haben eine sehr umfangreiche Tagesordnung sehr rasch erledigt. Das beweist, daß wir Selbstbeherrschung und Disziplin gelernt haben. Unsere Verhandlungen waren auch durchweg sehr ruhig. Ich freue mich, daß wir endlich soweit gekommen sind, daß wir große Streitfragen nicht mehr auszusprechen haben. Auch mit der anderen Seite der Arbeiterbewegung haben wir uns durchgängig verständig. Von einer Frage, die nach dem letzten Kongress die Arbeiterschaft in helle Erregung versetzte, dem Generalstreik, war diesmal überhaupt nicht die Rede. (Heiterkeit.) Grundbedingte Differenzen gibt es zwischen den beiden Hauptteilen der Arbeiterbewegung überhaupt nicht mehr. Vorüber sind die Zeiten des Mißtrauens und der Eifersucht, alle haben die Ueberzeugung gewonnen, daß wir gemeinsam auf die großen Ziele der Arbeiterbewegung hinarbeiten müssen. (Beifall.) Diese Eingieit brauchen wir -- ich sage nicht: diese Ruhe, damit nicht wieder lange Leitartikel über das Ruhebedürfnis der Gewerkschaften geschrieben werden. (Heiterkeit.) Wir brauchen diese Eingieit, weil wir vor noch größeren Aufgaben stehen und uns auf große zentrale Kämpfe mit geschlossenen Unternehmerverbänden rüsten müssen. Um sie siegreich zu beenden, brauchen wir noch viel mehr Mitglieder und noch viel größere innere Festigkeit. (Sehr wahr!) Aber wenn wir nicht Streit haben, sondern Eingieit, dann können wir auch sicher sein, daß wir in Zukunft alle Aufgaben erfüllen werden, die an uns herantraten. Und so lassen Sie uns hinausgehen in die Lande und alle Kraft einsetzen für den großen Kampf der Arbeiterschaft. (Lebhafter, langanhaltender Beifall.)

Mit einem dreifachen Hoch auf die freien deutschen Gewerkschaften schließt Wömelburg den Kongress.

Unter dem Gesang der Arbeitermarseillaise verlassen die Delegierten den Saal.

„Wenn ein und dieselbe Handlung mehrere Strafgesehe verletzt, kommt nur dasjenige Gesetz, das die schwerste Strafe androht, zur Anwendung.“ Gegen dieses Urteil legten sowohl die Angeklagten wie das Staatsanwaltschaftsamt Leipzig als Nebenkläger Revision beim Oberlandesgericht ein. Die Angeklagten rügten eine Gesetzesverletzung; die Anwendung der angesprochenen Paragraphen lege eine wissenschaftlich angelegene Eventualstrafe vor. Die Hinterziehungen der Ergänzungsfeuer bildeten nach dem Regularis selbständige Strafthaten. Hierzu ist bei staatlichen Deklarationen die Absicht der Strafthaten zu bestehen. Demnach hätten die Angeklagten wohl für den Staat, nicht aber für die Stadt falsche Angaben gemacht. Das Staatsamt war der Meinung, daß es sich in diesem Falle um ein Real- und nicht um eine Idealkonkurrenz handle und wollte den § 74 des Strafgesetzbuches, wonach bei mehreren selbständigen oder derselben Vergehen auf eine Erhöhung der Nebenklage lege die Revision im öffentlichen Interesse ein und erklärte, daß durch das Urteil der Leipziger Strafkammer betreffend der Idealkonkurrenz eine fast 30-jährige Praxis auf dem Kopf gestellt worden sei. Die Angeklagten erklärten, nicht wesentlich falsch geurteilt zu haben, sie hätten geglaubt, daß die Vermögens der Kinder nicht befreit zu werden brauchten. Das Oberlandesgericht verwarf beide Revisionen. Die Frage der Willensrichtung der Hinterziehung sei für den nur die rechtliche Seite der Straftat bedeutungslos. Auch die Anwendung des Eventualbolsus sei in Strafgesetzbuch und auch in diesem Falle zu Recht erfolgt, da nach den Feststellungen des Landgerichts Zweifel über die Bestimmung bei den Angeklagten bestanden hätten. Zur Verurteilung nach dem verschiedenen Belegen genüge auch die Aufstellung einer solchen oder unrichtigen Deklaration. Betreffs der Revision des Nebenklägers erklärt der Senat, daß zur Annahme des § 74 jede Voraussetzung fehle, da nur eine einmalige Handlung in Frage komme.

Landgericht.
Kurzes „Unglück“. Im Februar 1908 verlobte sich in Seiffenherrsdorf mit einem Mädchen der Handlungsgehilfe Tähne, Anfangs April schrieb er dann den Posten aus seiner Braut, er hätte hier Gelegenheit gehabt, einen Posten schöne Möbel zu kaufen, ebenso eine Wohnung zu mieten. Da er aber sein Geld nicht gleich von der Bank erhalten könne, solle sie ihm umgeben 250 M. schicken. Das tat die Braut; von der ganzen Geschichte war aber kein Wort wahr. Tähne verlobete das Mädchen am 4. Mai mit in Seiffenherrsdorf; Hochzeit. Zwei Tage vorher erkundete er sich noch von seiner Wirtin 5 M. Nach der Hochzeit verwannd plötzlich der neugeheiratete Ehemann. Die junge Frau war untröstlich und fuhr zunächst nach Dresden in das Angehörige von dem ausgedienten Ehegatten eingerichtete Heim. Sie fand weder Wohnung noch Möbel. Der Schwindler wird, da er schon verheiratet ist, zu 1 Jahr 4 Monaten Zuchthaus, 150 M. Geldstrafe und 10 Jahre Ehrenrechtsberuf verurteilt. Die Ehe kann infolgedessen wieder geschieden werden.

Militärgericht.
Ein Epileptiker auf der Anklagebank. Wegen qualifizierten Ungehorsams vor verfallener Mannschaft war der Soldat Hammermüller vom 102. Infanterie-Regiment zu Jütten angeklagt. Am 24. Mai erhielt der Gefreite Stengel in Vertretung des Unteroffiziers Bergeswald über die Kompanie. Mittags 11 Uhr führte er die Leute zum Essenessen nach dem Speisezimmer. Bei dieser Gelegenheit bedrangte sich der Soldat Hammermüller vor und erhielt vom Scheitern den Befehl, sich an seinen Platz zu stellen. Der Soldat kam der Anweisung nicht nach und stellte sich im Vorraum der Küche an einen Schrank. Der Gefreite rief ihm zu, daß er hier im Wege stehe, er solle sich ins Bild laden. Hammermüller weigerte sich, rief dem Gefreiten zu, er solle sich nur nicht auf seine „Anrede“ einbilden und erklärte dem Vorgelegten schließliche kategorisch: „Du hast mir nicht zu sagen, Knautsunge!“ Der Gefreite meldete die Sache, worauf das Strafverfahren gegen den Soldaten eröffnet wurde. Da er schon eine zeitlang wegen Gelenkrheumatismus vom Frontdienst dispensiert ist und in Kürze wegen Dienuntauglichkeit entlassen wird, untersuchte man ihn auf seinen Geisteszustand. Stadtkr Dr. Semmel fand nunmehr heraus, daß S. Epileptiker und als solcher geistig minderwertig ist. Die Westmale, öftere heftige Erregung und Dämmerzustände, seien bei den Angeklagten vorhanden. Eine Abschließung der freien Willensbestimmung dürfte aber nicht angenommen werden. Der Angeklagte selbst erklärte, daß er frei frize und sich auch an dem bewußten Tage deshalb vorgelegt habe. Anders als Leute hätten sich ebenfalls nach vorn begeben und wären nicht zurückgeschickt worden. Das Gericht nahm mildere Umstände an und schickte den Epileptiker auf 44 Tage ins Gefängnis (1) — zu registrieren ist noch, daß man die militärische Unbrauchbarkeit des erst im letzten Dienstjahre entsetzte!

Versammlungskalender für Dienstag.
Zimmerer-Versammlung abends 7 Uhr im Tranon, Schützenplatz.
Metallarbeiterverband. Abends 8 Uhr Vertrauensmänner-Versammlung im Volksbau.
Gewerkschaftskartell für Mägeln und Umg. Abends 8 Uhr Mitglieder-Versammlung im Alten Gasthof in Mägeln.

Schuhmacher-
Bedarfsartikel aller Art, Werkzeuge u. Leisten
in größter Auswahl, sowie Sohlenleder - Ausschnitte in bekannt besten Qualitäten zu billigen Preisen empfiehlt
Rudolf Kobitzsch, Dresden-A.
An der Franckstraße 6 und 7.

 **Avanti** Das stabile Tourenrad
Paul Schmelzer, Zlotzstr. 19

30 Betten
hochfein rot, dicht Daunendeck, große Ober- und Unterbetten und zwei Kissen mit 17 Pfund Goldwasen, wegen feiner Federfedern 2000.
30 M., dasselbe Bett mit Daunendeck 35 M., feinst bereitet, Daunendeck 40 M. Nicht gefaltet, Geld zurück. Katalog von Betten und Kissen frei. Bettenfabrik Th. Krausmann, Casew 41.

Sämtliche Artikel
Franken- u. Grolmbeisposten. Georg Stigleb, Reichen Str. 1. in Dresden.
Großer Posten
Gut erhaltenen Herren-Jackentaschen
Stück 2 M., sowie auch gut erhaltene herrliche ger. Frühjahr- oder Sommerkleider von 8-10 M., Joppen, Herrenanzüge, Stiefel u. Schuhe etc. Post. hochmod. neue Winteranzüge für Herren von 18-25 M., Westen, Stück 50 Pf., zu verkaufen.
Große Brüdergasse 3, 3 Tr.
im Hause des Fleischgerichts.

Partelangelegenheiten.
Ein bedauerlicher Vorfall

hat sich in Pantow bei Berlin zugezogen. Der Vorwärts berichtet darüber:
Zur Niederlegung seines Amtes ist der Gemeindevertreter Freiwaldt am 18. Mai von der zuständigen Parteikommission veranlaßt worden, weil er einen gegen einen Sattlermeister wegen Verleumdung gestellten Strafantrag während des Prozesses zurückgezogen und die Klärung dieser Angelegenheit — es handelt sich um Provisionsgelder von Gemeindeforderungen — dadurch unmöglich gemacht hatte.

Die bürgerliche Presse weiß weiter zu berichten, daß Freiwaldt mit zwei anderen Gemeindevertretern Pantows, die auch Schneidegelder angenommen hätten, aus der Partei ausgesprochen und schuldig geworden seien. Dazu meldet der Vorwärts:
Am 23. Juni d. J. sind zwei Gemeindevertreter rein dritlicher, ihre Ehrenhaftigkeit nicht berührender Differenzen wegen zur Niederlegung ihrer Mandate als Gemeindevertreter von der Generalversammlung des Wahlvereins aufgefordert worden. Aus der Partei ausgeschlossen ist in Pantow seit Bestehen des jetzigen Parteistatus niemand.

Daraus ergibt sich, daß die gegnerische Presse wieder einmal eine ganze Portion dazu gelogen hat. Der Fall Freiwaldt bleibt aber trotzdem bedauerlich, wenn keine Auffklärung in der Sache erfolgt. Denn Freiwaldt hat eine herborragende Rolle in der Partei gespielt. Er war Vertrauensmann des Kreises Niederrain und lange Jahre in Pantow Gemeindevorsteher; auch auf Parteitage ist er mehrfach hervorgetreten.

Recht für die Reichsverbändler.
Das Landgericht Altona verurteilte als Berufungsinstanz in der Privatklage eines Vorstandesmitglied des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie den Genossen Wabersky vom Hamburger Echo zu 3 Monaten Gefängnis, die Genossen Peterson und Bösbigg zu je 800 M. Geldstrafe. Die erste Instanz hatte auf je 50 M. Geldstrafe erkannt. Wir kommen auf die Angelegenheit eventuell noch zurück.

Gerichtszeitung.
Oberlandesgericht.

Eine wichtige Entscheidung im Steuerwesen. Die Kaufleute Gajmann und Rabinowitsch, Inhaber der Handelsgesellschaften Kaifer und Wlbrich und Rose Nachf. am Brühl in Leipzig, waren wegen Steuerhinterziehung angeklagt. S. und W. hatten Kapitalien ihrer drei minderjährigen Kinder in den Geschäften einbring angelegt; S. 13500 M. und R. 12000 M. Die Kapitalien bildeten eigene Konten, wurden mit 5 Proz. verzinst und die Zinsen zum Kapital geschlagen. Der Mißbrauch der Summen stand den drei Angeklagten zu. S. sowohl wie R. sollen bei ihren Deklarationen in den Jahren 1903 und 1904 diese Summen nicht richtig angegeben und die Zinsen ganz verheimlicht haben. Durch diese Angaben wurden sie um eine Klasse in der Steuer zu niedrig angelegt und dadurch die Stadt und der Staat geschädigt. Das Landgericht verurteilte beide Angeklagte wegen Vergehens gegen das Rekalutiv für die Gemeindeforderungen der Stadt Leipzig vom Jahre 1879, des künftigen Einkommensteuer-Gesetzes und des künftigen Ergänzungsteuer-Gesetzes vom Jahre 1902 zum sechs- und vierfachen Betrage der hinterzogenen Steuersumme. Die Bestrafung basierte auf § 73 des Strafgesetzbuches (Idealkonkurrenz);

Wiederholend betrachtet die hiesige Gasse, die sich unter der ...
Wiederholend betrachtet die hiesige Gasse, die sich unter der ...
Wiederholend betrachtet die hiesige Gasse, die sich unter der ...

Nach dem noch stark idiosyncrasischen Geist und seiner ...
Nach dem noch stark idiosyncrasischen Geist und seiner ...
Nach dem noch stark idiosyncrasischen Geist und seiner ...

Wahrscheinlich ist es in anderen Jahren ebenfalls ...
Wahrscheinlich ist es in anderen Jahren ebenfalls ...
Wahrscheinlich ist es in anderen Jahren ebenfalls ...

Nachdem Groß in ein Schweigen. Er wurde im Jahre 1796 ...
Nachdem Groß in ein Schweigen. Er wurde im Jahre 1796 ...
Nachdem Groß in ein Schweigen. Er wurde im Jahre 1796 ...

Nachdem er sich nicht mehr einmal alle Jahre ...
Nachdem er sich nicht mehr einmal alle Jahre ...
Nachdem er sich nicht mehr einmal alle Jahre ...

Wer sich so schnell und vergessend in den ...
Wer sich so schnell und vergessend in den ...
Wer sich so schnell und vergessend in den ...

Vor Jahr und Tag

Roman von Wilhelm Soltau

Das Gedächtnis „Für schöne Mädchen“ ...
Das Gedächtnis „Für schöne Mädchen“ ...
Das Gedächtnis „Für schöne Mädchen“ ...

In Mainz war's wie in einem aufgeföhren ...
In Mainz war's wie in einem aufgeföhren ...
In Mainz war's wie in einem aufgeföhren ...

Die Wirtshäuser hatten gerade keine ...
Die Wirtshäuser hatten gerade keine ...
Die Wirtshäuser hatten gerade keine ...

Nun, und dann ging's in den März ...
Nun, und dann ging's in den März ...
Nun, und dann ging's in den März ...

Dachte sie an den Bettelstein? ...
Dachte sie an den Bettelstein? ...
Dachte sie an den Bettelstein? ...

Und immer war er nicht gekommen ...
Und immer war er nicht gekommen ...
Und immer war er nicht gekommen ...

er war doch ein feiner Mensch, das hatte er ...
er war doch ein feiner Mensch, das hatte er ...
er war doch ein feiner Mensch, das hatte er ...

Sie hatte etwas Neues bekommen, die ...
Sie hatte etwas Neues bekommen, die ...
Sie hatte etwas Neues bekommen, die ...

Sie hätte es nicht ungern, sie wollte ...
Sie hätte es nicht ungern, sie wollte ...
Sie hätte es nicht ungern, sie wollte ...

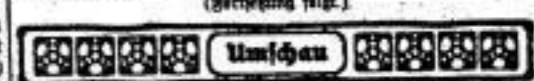
Der Bettelstein kam nicht, die Dorth ...
Der Bettelstein kam nicht, die Dorth ...
Der Bettelstein kam nicht, die Dorth ...

Es war wieder tüchtig viel Zeug ...
Es war wieder tüchtig viel Zeug ...
Es war wieder tüchtig viel Zeug ...

Das stellte sich so in ihrem ...
Das stellte sich so in ihrem ...
Das stellte sich so in ihrem ...

Dann hielt sie auf einmal wieder ...
Dann hielt sie auf einmal wieder ...
Dann hielt sie auf einmal wieder ...

Wahrscheinlich ist es in anderen Jahren ...
Wahrscheinlich ist es in anderen Jahren ...
Wahrscheinlich ist es in anderen Jahren ...



Schauspielhaus

Jetzt hat die Theaterleitung ...
Jetzt hat die Theaterleitung ...
Jetzt hat die Theaterleitung ...

Nachdem Frau ...
Nachdem Frau ...
Nachdem Frau ...

Der ...
Der ...
Der ...

Das ...
Das ...
Das ...